:antifaschistische nachrichten

Nr. 2

g 3336 26.1.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

In München konnten am Samstag, den 14. Januar Neonazis ihre Propaganda öffentlich verbreiten. AntifaschistInnen hingegen sahen sich immer wieder mit teils gewaltsamen Polizeieinsätzen konfrontiert.

Propagandafreiheit für Neonazis

Durch einen Polizeigroßeinsatz konnten Neonazis um die Kameradschaft „Autonome Nationalisten“ durch München marschieren. In zahlreichen Vorkontrollen sowie bei Blockadeversuchen durch AntifaschistInnen wurden über 30 NazigegenerInnen verhaftet. Neonazis wurden laut Pressemitteilung der Polizei 13 festgenommen, darunter einer der Redner.

„Wie in München ständige Praxis,“ so die Rote Hilfe in ihrer Pressemitteilung, „wurde die Dauer des Polizeigewahrsams, ohne die gesetzlich vorgeschriebene richterliche Überprüfung, stundenlang hinausgezögert. Um 22 Uhr befanden sich noch immer mehr als die Hälfte der Gefangenen in Haft. Gegen zwei Antifaschisten verhängte die Polizei Unterbindungsgewahrsam. Wegen der schnellen Intervention eines Rechtsanwalts wurde diese umgehend durch den Ermittlungsrichter aufgehoben. Damit scheiterte die Polizei ein weiteres Mal mit ihrem Versuch, Protestierende ohne Strafvorwurf bereits im Vorfeld zu kriminalisieren. Die ‚harte Münchner Linie‘ der Polizei, dient offensichtlich dazu, junge Menschen von Ihrem antifaschistischen Engagement abzuschrecken.“

Vollkommen ungeachtet der Ereignisse der letzten Tage und Wochen, bei denen z.B. der Anmelder des rechten Aufmarschs mehrfach nach gewalttätigen Übergriffen festgenommen wurde, sowie verbotenen Nazi-Schmierereien im Vorfeld der Versammlung bemühte sich die Polizei um eine auch gewaltsame Durchsetzung des braunen Marsches.

Die Demonstration war von den beiden Anführern der Münchner „Autonomen Nationalisten“ Hayo Klettenhofer und Philipp Hasselbach angemeldet worden. Neben den beiden Anmeldern Klettenhofer und Hasselbach waren als weitere Redner angekündigt: Mike Nwaiser (München), Mitglied im Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten/JN“; Christian Worch (Hamburg), seit Jahren eine zentrale Figur der Neonaziszene und Anmelder zahlreicher Demos; Alexander Neidlein (Schwäbisch-Hall) und Hartmut Wostupatsch (Würzburg).

Die „Autonomen Nationalisten/AN München“ sind eine neonazistische Abspaltung der „Kameradschaft München“ des Kameradschaftsführers und NPD-Funktionärs Norman Bordin und treten seit ihrer Gründung im Frühsommer 2005 äußerst aggressiv auf. Sie lehnen zum einen die derzeit starke Zusammenarbeit von Teilen der „freien Kräfte“ mit der NPD im Wesentlichen ab und vertreten zum anderen ein deutlich militanteres Verhalten auf Demonstrationen und Veranstaltungen: Da wird sich zwar schwarz gekleidet und vermummt, auf Demos ein „black block“ gebildet, Ton Steine Scherben, sozialistische Arbeiterlieder und Hip-hop gehört, sich ziemlich hemmungslos an „linken“ Codes, Subkulturen und Symboliken bedient. An der neonazistischen Ideologie wird dabei aber natürlich nicht gerüttelt. Anfang November 2005 wird Hayo Klettenhofer wegen Zeigens des Hitlergrußes am Ende der Neonazi-Demonstration vom 2. April 2005 in München zu einer Strafe von 1500 Euro verurteilt. Philipp Hasselbach greift Mitte Dezember bei einer versuchten nichtangemeldeten Demonstration von 15 Neonazis in der Sendlingerstraße Polizeibeamte tätlich an und wird daraufhin wegen Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorläufig festgenommen. (mehr Informationen dazu: Antifaschistische Informations-Dokumentations- und Archivstelle München e.V., A.I.D.A., info@aida-archiv.de, Internet: www.aida-archiv.de)

Bei der antifaschistischen Kundgebung sprachen Martin Löwenberg von der VVN-BdA, Christian Beuker, Fraktion Grüne-Rosa Liste sowie Claus Schreer, Sprecher des „Aktionsbündnisses gegen die Nato-Konferenz“.

Aus der Rede von Claus Schreer

„Was wir heute hier erleben, ist kaum noch zu überbieten. 1000 Polizisten zum Schutz der Nazis, AntifaschistInnen werden eingegittert und von der Polizei in Schach gehalten, damit sich die Nazis ungestört von Protesten frei bewegen und präsentieren können. Eine unerträgliche Zumutung ist das, die offen zur Schau gestellte Komplizenschaft zwischen den Staatsorganen und den Nazis. Ich fordere die Polizeiführung auf: Stoppen Sie die Nazis und missbrauchen Sie nicht hunderte von Polizeibeamten für derart miserable Zwecke.

Fortsetzung Seite 3

Aus dem Inhalt:

Kulturkampf und Angriff auf demokratische Grundsätze 9
„Vielvölkeranstalt“ Knast 12

„GfP"-Kongress im April

WOLFENBÜTTEL. Die neofaschistische „Gesellschaft für freie Publizistik e.V." (GfP) um den Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen, Andreas Molau, will vom 28. bis 30.April einen Kongress unter dem Motto „Sturm auf Europa – Im Fadenkreuz von Masseneinwanderung und Amerikanisierung" durchführen. Mit dem „drohenden Beitritt der Türkei in die EU" werde „ein weiteres Tor für Fremde nach Europa aufgemacht", heißt es in der Veranstaltungsankündigung. Eine „geistige und seelische Überfremdung durch Amerikanisierung" habe „längst stattgefunden", weswegen sich die europäischen Völker „nur langsam zu wehren beginnen".

Als Referenten werden u.a. der ehemalige Gorbatschow-Berater Prof. Wjatscheslaw Daschitschew, der neurechte Publizist Guillaume Faye, „Nationalzeitungs"-Herausgeber Gerhard Frey und der für die FPÖ ins Europaparlament gewählte Andreas Mölzer angekündigt. Auch ein Kulturprogramm wird für die auf 500 Teilnehmer begrenzte Veranstaltung angekündigt, die ein „europäisches Signal der nationalen Kräfte" setzen soll. Der Veranstaltungsort ist bisher nicht bekannt. *hma* ■

Verbotsgesetz im Visier

ÖSTERREICH/WIEN. Die Zeitschrift „Der Eckart" der „Österreichischen Landsmannschaft" kritisiert die Verhaftung des britischen Geschichtsrevisionisten David Irving und die Anklageerhebung gegen ihn. Das österreichische NS-Verbotsgesetz sei nicht „mit einer modernen, an den Menschenrechten orientierten Rechtsordnung vereinbar" und müsse daher abgeschafft werden, heißt es dort. Publizistische Unterstützung erhält Irving auch von der „Deutschen National-Zeitung" des DVU-Chefs Gerhard Frey. Dort wird u.a. der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Ralf Lord Dahrendorf zitiert, der sich im Zusammenhang mit Irvings Verhaftung im November 2005 gegen die strafrechtliche Verfolgung der Leugnung des Holocaust ausspricht. „Direkte Anstiftung zu Gewalt" sei nicht zu verwechseln mit den „Tiraden", die etwa Irving von sich gebe. „Manche Einschränkungen" seien „verständliche Relikte aus der Vergangenheit, die aber trotzdem überprüft werden sollten", so der Botschafter der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft". Unterstützung gibt es auch von der islamistischen „Moslembruderschaft". Deren „Führer", Mohammed Mahdi Akef aus Kairo, hatte die strafrechtliche Verfolgung Irvings als „Beispiel für die Intoleranz des Westens" bezeichnet. Wer „nicht die Darstellung der Söhne Zions teile", werde verfolgt. *hma* ■

„Fachkraft" der „Deutschen Akademie"

KÖLN. Der Kölner NPD-Funktionär Benedikt Frings, der im Stadtteil Nippes als Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie tätig ist, hat sich der neofaschistischen „Deutschen Akademie" um Jürgen Schwab als Fachkraft angeboten, um „kooperationswillige Mitwisser über Agententätigkeit und Agenten im Rahmen einer Gruppentherapie betreuen zu wollen", heißt es in einem Beitrag im einschlägig rechten „Störtebeker-Netz". Im Zusammenhang mit dem V-Leute-Skandal um die NPD hatte der „Sprecherrat" der „Deutschen Akademie" die Gründung eines „Agentenaussteigerprogramms" beschlossen. Mit dem studierten Psychologen Frings stehe „eine qualifizierte Fachkraft zur Leitung diese Projektes zur Verfügung". Wer sich der „Deutschen Akademie" offenbare, soll „als Gegenleistung Solidarität hinsichtlich einer späteren Rehabilitierung erfahren", heißt es dort. Der ehemalige CDU-Mann Frings hofft, das damit der NPD insgesamt geholfen werde, um „einen sauberen Trennungsstrich zwischen ihrer politischen Arbeit und der Wühlarbeit des VS zu ziehen".

An der Tagung der „Deutschen Akademie", die im Oktober in Thüringen stattfand, hatten Mitglieder aus NPD/JN, NHB und sogenannte „Freie Nationalisten" teilgenommen. Tagungsleiter Schwab war in den 90er Jahren Schriftleiter der Zeitschrift „Junges Franken", die vom „Deutschen Freundeskreis Franken" (DFF) herausgegeben wurde, eines Aktionsbündnisses verschiedener neofaschistischer Gruppen in der Region. *abk* ■

Heim im Reich

ITALIEN/SÜDTIROL. Der „Südtiroler Heimatbund" will mit einer Plakataktion an die vermeintliche Folterung von Südtirol-Terroristen durch die italienische Polizei in den 60er Jahren erinnern. Die Heimatbund-Aktivisten Hans Stieler, Luis Steinegger und Sepp Mitterhofer forderten in diesem Zusammenhang die italienische Regierung auf, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten. Mitterhofer, vor zwei Jahren Interviewpartner der Zeitschrift „Der Eckart" der „Österreichischen Landsmannschaft", forderte darüber hinaus eine Entschuldigung der italienischen Regierung für Verbrechen der italienischen Faschisten in Südtirol sowie dass alle ehemaligen Aktivisten wieder nach Südtirol einreisen dürfen.

Um welche Personen es sich dabei handelt, veröffentlichte die Zeitschrift „Der Eckart" im vergangenen Jahr. Knapp die Hälfte der 13 Südtirol-Terroristen, die in Italien wegen Bomben- u.a. anderen Anschlägen in den 60er Jahren in Abwesenheit zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, leben unbehelligt in Deutschland: Dr. Fritz Bünger (Urteil: 26 Jahre u. 8 Monate Gefängnis) in Düsseldorf, Dr. Heinrich Bünger (21 Jahre u. 7 Monate) in Siegburg, ein Heinrich Oberlechner (2x Lebenslänglich u. 9 Jahre u. 4 Monate) in Starnberg, Peter Kienesberger (Lebenslänglich) in Nürnberg und Dr. Erhard Hartung (Lebenslänglich u. 2 Jahre u. 4 Monate) in Meerbusch. *hma* ■

Sklavenarbeit darf nicht verjähren

BERLIN/KÖLN. Während der Pressekonferenz in der Pause der Sitzung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" am 19. Januar 2006 im Bundesfinanzministerium in Berlin wurde den anwesenden Vertretern der Stiftung EVZ ein Offener Brief übergeben, den die „Projektgruppe Messelager" des Kölner EL-DE-Haus Vereins verfasst hat.

Den Vertretern der Wirtschaft waren die Briefe vorab per Post zugeschickt worden, ebenso allen anderen Kuratoriumsmitgliedern. Auch den Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Bundestag war dieser Brief vorab zugegangen mit den zentralen Forderungen:
– Aufhebung der Antragsfrist,
– Transparenz über die Ablehnungsgründe (1/3 der Anträge wurde abgelehnt).
– Zusatzfonds aus den Nachzahlungen derjenigen Unternehmen, die bislang nicht in den Fonds gezahlt haben.

Eine Änderung des Gesetzes über die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft zugunsten von ehemaligen Zwangsarbeitern hat auch Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag gefordert. Ulla Jelpke, die künftig dem Stiftungs-Kuratorium wieder angehören wird, verwies darauf, dass bisher 1,6 Millionen Überlebende der weit über 13 Millionen Menschen aus ganz Europa, die während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeit für das faschistische Deutschland leisten mussten, Zahlungen aus der Stiftung erhielten. Allerdings wurden auch 700 000 Anträge abgelehnt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen Jelpke zufolge, dass das Stiftungsgesetz wie folgt geändert werden müsse:

- Erstens müssen die Antragsfristen aufgehoben werden. Immer mehr frühere Zwangsarbeiter/innen erhielten Ablehnungsbescheide wegen „Fristversäumnis", weil sie ihren Antrag nach dem

Globalisierung und Prekarisierung der Arbeit: Nährboden für extrem rechte Orientierungen?

Prof. Dr. Klaus Dörre, Jena

Die Ethnisierung sozialer Konflikte – Antworten der Regierenden und der Rechten

Beispiel Frankreich: ***Bernhard Schmid, Paris***

Beispiel Deutschland: ***Dr. Kemal Bozay, Köln***

Samstag, 4. Februar 2006
14.00 Uhr

Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Großes Forum

Veranstalter: Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
Infos: Tel. 0221 - 21 16 58

Kreisverwaltungsreferent Blume Beyerle sagte gestern in einem Zeitungsinterview: Das Recht auf Meinungs- und Versammlunsfreiheit gelte auch für Neonazis. Im Grundgesetz (in Artikel 139) steht allerdings etwas ganz anderes, nämlich: dass die 1945 zur Befreiung vom Nationalsozialismus erlassenen Rechtsvorschriften immer noch gültig sind. Und das heißt, dass jede Art der Propaganda, die dazu dient, den Geist des Nationalsozialismus wieder zu beleben oder zu fördern verboten ist!

Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda. Wir werden das niemals akzeptieren! Am 2. April letzten Jahres sagte OB Christian Ude auf dem Marienplatz: bei den Neonazis handele es sich nicht um skurrile Spinner, sondern um gefährliche Drahtzieher mit krimineller Energie. Ein wahres Wort! Doch eine Stunde später räumten 1.400 Polizisten diesen Kriminellen die Straßen frei und machten Jagd auf AntifaschistInnen.

Genau das ist der eigentliche Skandal,

- dass sich Behörden, Polizei und Justiz als Dienstleister der Neonazis verstehen,
- dass sie Nazipropaganda dulden und mit juristischen Tricks rechtfertigen
- und dass sie Nazi-Aufmärsche mit Polizeigewalt ermöglichen und durchsetzen.

Der eigentliche Skandal – gerade hier in München – ist dieses Zusammenspiel zwischen den Staatsorganen und dem braunen Sumpf.

Wenn die Neonazis – wie wir es erlebt haben – auf einem großen Fronttransparent den NATIONALSOZIALISMUS propagieren (unübersehbar, in roten Lettern und mit Ausrufezeichen), dann wird das von den sogenannten Hütern des Rechtsstaates nicht einmal beanstandet. Eskortiert von der Polizei dürfen die Nazis damit durch München marschieren und auf eine Anzeige von uns erklärt die Staatsanwaltschaft, diese Werbung für den Nationalsozialismus sei keine Faschismuspropaganda.

- Die Verherrlichung der verbrecherischen Organisationen des Hitler-Regimes ist in unserem Land kein Straftatbestand.
- Die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen SS“ wurde letztes Jahr vom höchsten deutschen Gericht, dem Bundesverwaltungsgerichtshof in Karlsruhe, für nicht strafbar erklärt.
- Wenn wir aber zum Protest gegen die Nazis aufrufen, wenn wir Rote Karten und Plakate verteilen – erhalten wir Strafbefehle und werden zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Mit Rechtsstaat und Demokratie hat das rein gar nichts zu tun.

Herr Blume Beyerle hat uns für heute den Ratschlag gegeben, wir sollten die Nazis einfach ignorieren und mit Nichtbeachtung strafen. Noch naiver kann man kaum noch sein. Genau das haben vor 1933 Millionen Deutsche getan – und wir alle wissen, wohin diese Haltung geführt hat. Pfeift auf solche Ratschläge! Lasst euch hier nicht wegsperren. Lasst euch nicht euer Recht nehmen, gegen die Nazis aufzustehen und zu demonstrieren.“

zusammengestellt aus Lokalberichte München 1-2/2006 ■

Stichtag 31. Dezember 2001 gestellt haben. „Menschen, die unter grausamen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten, durch bürokratische Regelungen von berechtigten Entschädigungszahlungen auszuschließen, ist zynisch“, erklärte Jelpke. „Bei Sklavenarbeit darf es keine Verjährungsfristen geben!“

- Zweitens dürfe Beweisnot aufgrund fehlender Unterlagen kein Grund sein, einem Anspruch nicht weiter nachzugehen.
- Drittens dürften die Zahlungen an überlebende Opfer nicht befristet werden. Die Linksfraktion fordere, weitere Gelder von jenen Unternehmen einzufordern, die von Zwangsarbeit profitiert, bislang aber nicht in den Fonds eingezahlt haben. Diese Unternehmen müssten öffentlich benannt werden.
- Viertens müsse der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet werden. Es sei nicht einzusehen, dass italienische Militärinternierte, die auch Zwangsarbeit leisten mussten, nicht entschädigungsberechtigt sind.

Jelpke will in der Linksfraktion anregen, entsprechende Initiativen im Bundestag einzubringen.

wim/PM Ulla Jelpke ■

Kulturladen Westend angegriffen

MÜNCHEN. In den Nachtstunden des 12. Januar wurden die Hauswände des KulturLadens mit nationalsozialistischen Symbolen großflächig beschmiert. In der Nacht vom 13. auf 14. Januar wurden beim Kulturladen und beim benachbarten Tattoo-Laden die Scheiben eingeworfen. In der Mitteilung des Kulturladens heißt es: „Wir gehen davon aus, dass beide Male Münchner Faschisten die Täter waren. Wir gehen auch mit Sicherheit davon aus, dass der Anlass eine antifaschistische Veranstaltung am 12. Januar mit Martin Löwenberg und A.I.D.A. im KulturLaden war, die als Teil der Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch in München am 14. Januar stattfand.

Der KulturLaden Westend ist ein Ort, der allen Bewohnern des Viertels zur Verfügung steht, um dort öffentliche Veranstaltungen durchzuführen oder Interessengemeinschaften zu gründen. Wir gehören keiner Partei oder weltanschaulichen Richtung an – AntifaschistInnen sind wir aber auf jeden Fall. Wir fühlen uns den Millionen Opfern der Nazi-Barbarei verpflichtet und betrachten es als unsere Aufgabe alles zu tun, dass der Faschismus nie wieder Fuß fassen kann.

Wir lassen uns durch derartige Übergriffe nicht einschüchtern und werden auch in Zukunft antifaschistische Veranstaltungen durchführen und die Räume für solche zur Verfügung stellen.“

KulturLaden Westend ■

NPD-Funktionäre verurteilt

STADE. Adolf Dammann, stellv. Landesvorsitzender der NPD in Niedersachsen, wurde am 10. Januar 2006 vom Amtsgericht Stade zu einer Geldstrafe von 1.200,- Euro wegen Verunglimpfung des Staates und Beleidigung verurteilt. Ein Text von Dammann auf der Internetseite „Nationaldemokraten Stade“ im Dezember 2004 ist der Grund der Verurteilung.

Martin Zaha, Mitglied des Unterbezirksvorstandes Stade/Elbe-Weser der NPD, wurde vom Amtsgericht nach dem Jugendstrafrecht verwarnt und zu einer Geldstrafe von 1.000,- Euro verurteilt, sein PC bleibt eingezogen.

Zaha, Betreiber der inzwischen abgeschalteten Internetseite, erhielt die Strafe, da er den „diffamierenden Text“ im Auftrag von Dammann von seinem PC

ins Internet gestellt hat und weil er am 4. Dezember 2004 an einer schweren Körperverletzung beteiligt war. Gemeinsam mit Sascha F. hatte er nach einem Disco-Besuch in Heinbockel (Landkreis Stade) einen jungen Mann mit dem Auto verfolgt und danach zusammengeschlagen.

Der NPD-Anhänger Sascha F., er will inzwischen mit der rechten Szene gebrochen haben, wurde wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung nach dem Jugendstrafrecht verwarnt und muss 90 Stunden soziale Arbeiten leisten.

Eine Gruppe Neonazis verfolgte interessiert den Prozess. Auf ihrer Kleidung prangten Aufschriften wie „Germania" oder „Sturm 18 – Rache für 45".

Dammann fühlt sich unschuldig verurteilt, er will in die Revision gehen.

miq ■

Landeschef der „Republikaner" wirft hin

LEIPZIG. Nach Informationen der „Leipziger Volkszeitung" ist der sächsische REP-Landesvorsitzende Martin Kohlmann zurückgetreten. Der 28-jährige Chemnitzer sei nicht mehr Mitglied der Partei, die Funktion des Landeschefs habe Vize Mario Heinz kommissarisch übernommen, sagte eine Sprecherin der Rep-Bundeszentrale der Zeitung. Kohlmann war als Beisitzer auch Mitglied im Bundesvorstand. Zuletzt hatte Kohlmann für Aufsehen gesorgt, als er zur Kommunalwahl 2004 in Chemnitz ein Bündnis aus REPs, Deutscher Partei und DSU schmiedete und anschließend in der drittgrößten Stadt Sachsens 10,3 % holte. Der Jurist ist seit 1999 Stadtrat in Chemnitz und seit eineinhalb Jahren Fraktionschef. Kohlmann will trotz seines Austritts Fraktionschef im Stadtrat bleiben.

Die Staatsanwaltschaft Chemnitz ermittelt seit Herbst 2005 gegen Kohlmann wegen des Verdachts der Urkundenfälschung. Es bestehe der Verdacht, dass Kohlmann Unterstützerunterschriften zur Bundestagswahl von verstorbenen und entmündigten Bürgern gesammelt habe, so die Staatsanwaltschaft. Die Reps in Sachsen hatten akute Probleme, innerhalb von acht Wochen 2000 Unterstützerunterschriften für die Landesliste zu sammeln.

Er selbst könne sich vorstellen, in die DSU einzutreten, zitiert die Leipziger Volkszeitung Kohlmann. In Frage komme aber eventuell auch die „Sächsische Volkspartei". Diese will vor allem der aus der NPD ausgetretene Landtagsabgeordnete Mirko Schmidt gründen.

Leipziger Volkszeitung, 19.1.2006 ■

Aktionen gegen JN-Gründungsveranstaltung

THÜRINGEN. Am Samstag, dem 14. Januar fand die Gründungsveranstaltung des Landesverbandes der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Ammelstädt, bei Rudolstadt statt. Gegen die Veranstaltung protestierten ca. 60 AntifaschistInnen.

Schon im Vorfeld fand die Veranstaltung der JN in Ammelstädt in den Medien Beachtung. Besonders in der Kritik stand der Betreiber des Gasthauses, der den Nazis nicht das erste Mal Raum gewährte. Schon im Juli 2004 veranstalteten die RechtsextremistInnen hier die so genannte „5. Thüringer Runde freier Nationalisten", die der Kaderschulung dienen sollte. Auch ein Nazikonzert am 11. März 2005 im Rahmen einer Saalveranstaltung des JN-Kreisverbandes fand hier schon statt.

Die Reorganisation des Landesverbandes der JN kommt nicht überraschend. Bereits 2004/05 gründete die extreme Rechte JN-Stützpunkte im Saale-Orla-Kreis und in Jena. Ein weiterer Stützpunkt besteht im Kreis Saalfeld-Rudolstadt. Hier engagiert sich der thüringenweit in Erscheinung getretene NPD-Kreisvorsitzende Thomas Wienroth. Bereits vor 5-6 Jahren existierte in Thüringen ein JN-Landesverband. Jene Vereinigung zerfiel jedoch mit dem Verlust seiner Köpfe: Patrick Wieschke, der im Januar 2002 seinen Bruch mit NPD und JN erklärte und der enttarnte VS-Spitzel Tino Brandt.

http://www.slf.antifa.net
http://www.agst-antifa.tk ■

ErHAIDERung zu Silvester

Dass es sich bei Trachtenvereinen, Männergesangsvereinen und Volksmusikveranstaltungen nicht um die Speerspitzen der Revolution handelt dürfte bekannt sein. Immer wieder zeigt sich, dass die deutschtümelnde Volksmusik eine ungedeckte rechte Flanke besitzt.

Ganz normal durfte sich der österreichische Rechtspopulist Jörg Haider bei der Fernsehmusikshow „Silvesterstadl" im Ersten am 31.12.05 präsentieren. Das „Silvesterstadl" zum Jahreswechsel wurde diesmal live aus Klagenfurt gesendet und da durfte zwischen DJ Ötzi und dem MDR-Deutsches-Fernsehkabarett der Kärntner Landeshauptmann natürlich nicht fehlen. Dieser hielt mit seinem alten Freund, dem Moderator Karl Moik, einen kleinen unbeschwerten Plausch und wechselte mit ihm Geschenke. Die Gäste fanden's gut und applaudierten reichlich.

Die mediale Öffentlichkeit für Haider und die Wahl des Ortes dürften eine Gegenleistung von Karl Moik für das „Große Ehrenzeichen des Landes Kärnten", verliehen für seine Verdienste um das Land Kärnten, sein.

Gottseisgedankt war das die letzte Sendung mit Moik, dessen Vertrag von ARD und ORF nicht verlängert wurde. Allerdings drohte Haider Moik in einem zukünftigen Kärntner Fernsehen zu beschäftigen.

TL ■

Termine Berlin ... Termine Berlin ... Termine Berlin ... Termine Berlin ... Termine Berlin ...

Erinnern und nicht Vergessen: Strafverfolgung der Täter – Entschädigung der Opfer

Veranstaltung zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Donnerstag, 26. Januar 2006, 19 Uhr
Humboldt-Universität, Audimax, Berlin

Die rhetorische Anerkennung der deutschen Verbrechen in Kombination mit kleineren finanziellen Zuwendungen an die Opfergemeinden ist eine bislang erfolgreiche Strategie der Bundesregierung, ihre Verweigerung von weiteren Entschädigungszahlungen an NS-Opfer und ihren Unwillen zur Verfolgung der Täter zu kompensieren und sich als geläuterte Demokratie zu präsentieren, die nun das Recht habe, „nach vorne zu schauen". Inwieweit es der Bundesregierung allerdings gelingen wird, ihre Abwehrhaltung gegenüber den Forderungen nach Entschädigung der NS-Opfer und Strafverfolgung der Täter in den kommenden juristischen Auseinandersetzungen aufrecht zu erhalten, ist offen.

ReferentInnen:

Kurt Goldstein, Internationales Auschwitz-Komitee, Holocaust-Überlebender

Gabriele Heinecke, Rechtsanwältin der Opfer von Sant´Anna in der BRD

Martin Klingner, Rechtsanwalt der Opfer von Distomo in der BRD

Prof. Norman Paech, Experte für Völkerrecht, MdB für die „Linkspartei"

Veranstalter: Arbeitskreis Distomo (Hamburg), Berliner Initiative „Griechenland unterm Hakenkreuz", Unterstützer: Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime, Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland" e.V. (DRAFD), Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienst und Militär, Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und Antifaschistinnen (VVN-BdA), Stiftung Haus der Demokratie, Antifaschistische Initiative Moabit

Ausstellung „Der zweite Sonntag im September – Zur Geschichte des OdF-Tages

In den frühen Nachkriegsjahren wird der zweite Sonntag im September zum ersten Gedenktag für die Opfer des Faschismus in Deutschland. Der Kalte Krieg führt zu einer Teilung der Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Faschismus in Ost und West. In der Bundesrepublik und Westberlin fokussiert sich das offizielle Gedenken schon bald auf den Volkstrauertag für alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Der von der VVN in einigen Städten weiterhin organisierte „OdF-Tag" ist bis in die sechziger Jahre Behinderungen und Verboten ausgesetzt. Seit 1990 führt ein breites Bündnis den Gedenktag als „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung" fort. Die Ausstellung zeigt auf zwölf Tafeln die wechselvolle Geschichte des „OdF-Tages".

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung zur Geschichte des OdF-Tages im **Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4**, findet am Dienstag, dem **24. Januar um 19 Uhr**, im Robert-Havemann-Saal eine Podiumsdiskussion statt: „Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus – Perspektiven antifaschistischer Gedenkkultur" mit Kurt Goldstein, Internationales Auschwitzkomitee, Peter Fischer, Zentralrat der Juden, Susanne Willems und Marek Voigt, Jungdemokraten, Martin Schönfeld (Moderation).

Vor dem Hintergrund der (Opfer)-Debatten um den 8. Mai will die Veranstaltung der Frage nachgehen, inwieweit die Erinnerung an die Opfer des Faschismus in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingegangen ist, ob die Gedenkkultur den Opfern wirklich gerecht wird und sie dem Ausmaß der Verbrechen angemessen ist.

Berliner VVN-BdA, JUNGDEMOKRATinnEN/JUNGE LINKE, Antifaschistische Initiative Moabit, Stiftung Haus der Demokratie

Carl-Diem-Weg: Zeitzeuge sorgt für Aufklärung

Köln. Die Kontroverse um die Rolle von Carl Diem im Nationalsozialismus läuft bereits seit mehreren Jahren. Carl Diem (1882-1962) war einer der bedeutendsten deutschen Sportfunktionäre des 20. Jahrhunderts und Begründer der Sporthochschule in Köln. Die zuständige Bezirksvertretung beschloss jetzt, den Carl-Diem-Weg, an dem die Sporthochschule liegt, umzubenennen.

Fakt ist, dass Carl Diem zwischen 1933 und 1945 hochrangige Stellen im Bereich des Sports für die Nationalsozialisten besetzte. Fakt ist ebenfalls, dass er am 18. März 1945 im Berliner Kuppelsaal eine Rede hielt, in welcher er den Tod für das Vaterland lobte. So feuerte er Tausende von Jugendlichen zur sinnlosen Verteidigung des Reichssportfeldes an, die 2000 Tote forderte.

Auch findet sich in Texten Diems nationalsozialistischer Rassismus, wie bereits in der Sendung „Monitor“ am 26. Oktober 1995 aufgedeckt wurde. Zwar wird immer wieder von der Gegenseite darauf verwiesen, Diem habe unter dem Druck einer drohenden Exekution gehandelt, ebenso wie auf die Tatsache, dass er mit einer Vierteljüdin verheiratet war. Doch die Diskussion führte letztlich dazu, dass es in vielen Städten ab den 1990ern zu vielen Umbenennungen von Straßen, Plätzen, Schulen etc. kam, die Carl Diems Namen trugen.

Auch die Bezirksvertretung Lindenthal beschloss am 12.12.05 auf einen Antrag der Fraktion der Grünen, den Carl-Diem-Weg, welcher sich an der Sporthochschule befindet, umzubenennen.

Bereits im Vorfeld waren die Grünen in einem Schreiben vom 5.12.05 von Dr. Tokarski, Prof. der Sporthochschule, an Roland Schüler, Bezirksvertreter der Grünen, dafür angegriffen worden. Begründung war, dass es „aus wissenschaftlicher Sicht und nach Meinung der Experten der Deutschen Sporthochschule Köln […] nichts Neues bzw. bisher Unbekanntes gäbe, was eine Umbenennung rechtfertigen würde“. In dem Brief wird der Fraktion eine „lückenhafte und auf Gerüchten beruhende Basis“ in der historischen Argumentation vorgeworfen.

Besonders hingewiesen wird auf die angeblich falsche Besucherzahl bei der Rede im Kuppelsaal, 2000 anstatt 5000, Diems Rolle in der Veranstaltung und auf die Tatsache, dass die Schlacht um das Reichssportfeld angeblich nicht stattgefunden habe. Über den Inhalt der Rede wird interessanterweise kein Wort verloren.

Zudem möge man die Ergebnisse abwarten, die ein derzeit laufendes wissenschaftliches Projekt von Sporthochschule, Deutschem Sportbund und dem Nationalen Olympischen Komitee erbringen solle.

Etwa zwei Wochen später traf bei den Mitgliedern der Bezirksvertretung ein Schreiben vom 20. Dezember 2005 ein. Verfasser waren Dr. Jürgen Buschmann und Dr. Karl Lennartz, Leiter und ehemaliger Leiter des Carl und Liselott Diem-Archivs der Deutschen Sporthochschule Köln.

Diese versuchen in einem sehr ironisch formulierten und teilweise unsachlichen Brief anhand von historischen Fakten die Beibehaltung des Namens Carl-Diem-Weg zu rechtfertigen.

10000 DM BELOHNUNG

auf den Kopf des Täters werden ausgesetzt bei seiner Ergreifung

Und was wird mit DR. DIEM?

Er hat keinen Rassenwahn verübt. — Viel mehr. Millionen junger Menschen hat er eingeredet, indem er sie durch den Sport für den imperialistischen Krieg erzog

Was setzt man für ihn ein?

Nichts!

Im Gegenteil, er sitzt in der Bonner Regierung und leitet den Sport in Westdeutschland

Wie der Krieg zum Manne gehört, so gehört die Mutterschaft zur Frau! Das ist seine Auffassung

Sportler und Sportlerinnen!

Wir wollen keinen Krieg, sondern Frieden!

Wir protestieren, daß die Erziehung unserer Jugend in Westdeutschland wieder in den Händen jener Kriegsapostel liegt

Wir protestieren leidenschaftlich dagegen, daß er durch den Sport die Jugend dem militaristischen Stiefelkult und den Freudenexplosionen zuleiten will

Wir protestieren auf das schärfste gegen die Spalterregierung in Bonn und ihre Kriegsmaßnahmen

Sportfreunde! Schließt euch den Massenaktionen für die Freilassung der Kriegsgefangenen aus USA, Ungarn, Rumänien und Deutschland an

Kämpft in den Reihen der Nationalen Front!

Kämpft für die Einheit Deutschlands, für den Abzug aller Besatzungstruppen und für einen gerechten Friedensvertrag auf der Basis der Potsdamer Beschlüsse!

So wird beinahe jeder Punkt der Argumentation der Grünen Fraktion angegangen, teilweise mit Zeitdokumenten. Man bedient sich wieder der gleichen Punkte wie Tokarski in seinem vorigen Schreiben.

Unter einer Fülle geschichtlicher Ereignisse in Carl Diems Leben nach 1945 kommt erneut seine Rede als solche, und die Rede ist Mittelpunkt der Begründung für die Umbenennung, nur sehr kurz.

Es finden sich Passagen wie „Sicher ist es unerheblich, dass die Deutsche Sporthochschule als einziger Anrainer des Carl-Diem-Weges keine Änderung des Namens will. Es ist doch richtig, dass diese sturen Wissenschaftler endlich bevormundet werden“ oder „Sicher ist es nicht von Belang, dass eine Umbenennung die Hochschule mehrere hunderttausend Euro kosten wird. Besser dafür, als für die Ausbildung der Studenten.“. Auf die Rede wird zwar eingegangen, jedoch versteifen sich

die Herren hier anhand des Protokolls der Rede darauf, dass die Formulierung „zum siegreichen Endkampf für Führer, Volk und Vaterland“ in der Rede von Diem nicht wörtlich gesagt worden sei. Es geht weiter: „Sicher können sie uns auch sagen, was an der Rede ‚flammend‘ war? Gibt es ein Tonband?“.

Auch von diesem Schreiben ließ man sich von Seiten der Grünen keineswegs einschüchtern und so sendete Roland Schüler am 6. Januar 2006 ein Schreiben an Oberbürgermeister Schramma. Bereits zuvor hatte man den Sachverhalt Carl Diem „sehr intensiv mit den Materialien, Gutachten und Dokumenten“ recherchiert. So kam es auch zu einem Gespräch mit Reinhard Appel, Chefredakteur des ZDF i.R. Dieser war selbst als Jugendlicher Soldat im Zweiten Weltkrieg, war auf dem Reichssportfeld bei Diems Rede dabei und tritt so als Zeitzeuge auf.

In Kenntnis der Diskussion um Carl Diem machte Konrad Adenauer den Rektor der Sporthochschule Köln 1949 zum Sportreferenten der Bundesregierung. KPD und SED veröffentlichten daraufhin den nebenstehenden Steckbrief.

Am 3.1.06 richtet er ein Schreiben an die Bezirksvertretung Lindenthal, in welchem er endgültig Klarheit schafft und mit den Argumenten der Gegenseite aufräumt. So heißt es:

„Ich weiß nicht, worüber ich mich mehr wundern soll: Über das schlechte Gedächtnis dieser Herren, denn über den Vorgang Diem liegen Briefwechsel und zahlreiche Diskussionsprotokolle vor, in denen meine Zeugenschaft für das menschenverachtende Verhalten Diems im März 1945 im Reichssportfeld belegt ist, oder über die Chuzpe, mit der sie durch Weglassen meiner Aussagen Geschichtsfälschung betreiben“.

Bezüglich der Endkampf-Formulierung schreibt Appel eindeutig: „[...]bin ich Zeuge dieser Formulierung und stehe dafür gerade“. Auch bezeichnet er, der die Rede selber erlebt hat, den Appell sehr wohl als „flammend“.

Diesen Brief, der für sich spricht, übersandte die Fraktion der Grünen als Anhang an Oberbürgermeister Fritz Schramma und kommt zum Schluss, „dass zum zentralen Punkt der Umbenennung – die Rede Carl Diems im März 1945 – alle Informationen vorhanden sind“.

Die Sporthochschule erwägt juristische Konsequenzen. Wie es weitergeht, bleibt also offen. Doch der Beschluss vom 12.12.05 besteht.

Benjamin Wernigk ■

Aufruf zu Protesten gegen die NATO-Militärtagung am 3./4. Februar 2006 in München:

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit

„Die Münchner Sicherheitskonferenz“ schrieb die Financial Times Deutschland im Februar 2005, „ist das wichtigste Treffen, auf dem die Mitglieder der NATO-Militärallianz strategische Einscheidungen beraten und untereinander abstimmen.“

Seit 2002, als es erstmals zu Massenprotesten der Antikriegsbewegung gegen diese Militärtagung kam, sind die Organisatoren der Tagung darum bemüht, sich gegen die Vorwürfe zu rechtfertigen, die Münchner Sicherheitskonferenz diene der Vorbereitung und Propagierung

von weltweiten Kriegseinsätzen der NATO-Staaten. Um der NATO-Tagung einen friedenspolitischen Anstrich zu geben, erfanden die Veranstalter ein neues Konferenz-Motto: „Frieden durch Dialog“.

Bei der jährlich stattfindenden sogenannten Sicherheitskonferenz geht es nicht um internationale Sicherheit, sondern um Kriegsvorbereitung.

Im Münchner Nobelhotel Bayerischer Hof versammelt sich die militärpolitische Elite der NATO-Staaten – abgeschirmt durch einen kostspieligen Polizeieinsatz vor der Antikriegsbewegung auf Münchens Straßen. Dort tagen die Außen- und „Verteidigungsminister“, sogenannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Vertreter der größten Rüstungskonzerne. Hier werden Militärstrategien koordiniert, weltweite Interventionspläne abgesprochen und Kriegskoalitionen geschmiedet. 1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der sogenannte „Krieg gegen den Terror“, 2003 die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak, in den folgenden Jahren ging es um die Besatzungsherrschaft im Irak und um Pläne gegen den Iran.

Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten über Leichen geht. Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt, insbesondere der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten beanspruchen für sich das Recht „auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (Wortlaut der Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr). Sie wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und globalen Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durchsetzen. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globale Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen. Im Rahmen ihrer gemeinsamen Außenpolitik setzen die Regierenden Deutschlands und der anderen EU-Staaten auf die Militarisierung und Abschottung Europas. Dazu gehören die Interventionstruppen, ebenso die rassistischen Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts und die Errichtung von „Auffanglagern“ in Nordafrika. Vor den Toren Europas herrscht tödliche Gewalt gegen MigrantInnen.

Militarisierung nach außen und die Zerstörung der Sozialsysteme sind zwei Seiten einer Medaille.

Allein in Deutschland soll die Anschaffung neuer Waffensysteme in den nächsten 10 Jahren rund 100 Milliarden Euro verschlingen. Gleichzeitig wird die Zerstörung von Sozialsystemen und von Rechten der ArbeiterInnen unter einer großen Koalition noch weiter beschleunigt. Diese Politik der Konzerne, der Banken und der neoliberalen Parteien führt zu dauerhafter Umverteilung von unten nach oben. Krieg und Sozialkahlschlag bedrohen alle: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und RentnerInnen, Menschen mit und ohne deutschen Pass. Nur gemeinsam können wir wirksam Alternativen durchsetzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen.

Die NATO-Militärtagung verdient wie in den vergangenen Jahren eine gebührende Antwort: Massenhaften Protest und Widerstand!

- Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten
- Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – gegen jegliche deutsche Kriegsunterstützung
- Internationale Solidarität gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus
- Öffnung der Grenzen statt Stacheldraht und Lager – Fluchtursachen bekämpfen
- Abrüstung und Umverteilung von oben nach unten statt sozialer Demontage
- No Justice – No Peace.

Freitag, 3. Februar 2006: Aktionstag mit kreativen Aktionen gegen die NATO-Militärtagung
Samstag, 4. Februar 2006: Großdemonstration gegen die NATO-Kriegsstrategen im Bayerischen Hof, 12 Uhr vom Lenbachplatz zum Marienplatz

Alternativveranstaltungen

Eine Expertenkonferenz am 1. und 2. Februar, unmittelbar vor der NATO-Sicherheitskonferenz, soll die Umrisse einer europäischen Sicherheitsarchitektur skizzieren, die eine friedliche Alternative zur herrschenden Militärdoktrin der NATO wie der EU darstellt. Als Experten nehmen kompetente Vertreter einer aktiven Friedens- und Sicherheitspolitik aus der Friedensforschung und aus Kreisen ehemaliger Militärs teil.

Eine internationale Friedenskonferenz am 3. und 4. Februar soll die Kritik an der bestehenden Kriegspolitik ausdrücken und Konzepte für Frieden, Abrüstung und Konfliktbearbeitung öffentlichkeitswirksam vorstellen. Sie soll zeigen, dass Krieg Probleme immer nur verschärft und auch die Gefahren des „internationalen Terrorismus“ erhöht, wie die jüngste Vergangenheit drastisch vor Augen geführt hat. Die starke Beteiligung an den Veranstaltungen der letzten Jahre hat gezeigt, dass ein großes Interesse besteht, sich mit Chancen und Möglichkeiten einer kooperativen Politik auseinander zu setzen und Alternativen zu einer auf Machtstreben und Gewalt basierenden Politik kennen zu lernen. Die öffentliche Gegenkonferenz soll der Entwicklung einer anderen politischen Kultur und deshalb auch der Vernetzung der internationalen Friedens- und Sozialbewegung dienen.

Näheres auf den Webseiten von attac, DFG-VK und der Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.attac.de – www.muenchner - friedensbuendnis.de – www.rosalux.de

Gedenken in der Hafenstraße zum Brandanschlag vor 10 Jahren

LÜBECK. Am 18.1.1996 starben zehn Flüchtlinge durch einen Brandanschlag auf ihr Wohnhaus in der Lübecker Hafenstraße. Vier rechtsradikale Jugendliche, die sich zur Brandzeit in der Nähe des Hauses aufhielten, wurden nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt – trotz versengter Haare und Augenbrauen. Der Anschlag ist bis jetzt nicht aufgeklärt...

Am Jahrestag versammelten sich rund 70 Personen an dem errichteten Gedenkstein und gedachten dieser Opfer. Darunter befanden sich auch zahlreiche Betroffene und Angehörige. Es wurden Kränze und Blumengestecke niedergelegt sowie einige Ansprachen gehalten.

Die fünf Redner und Rednerinnen gingen dabei auf die ständige Ausgrenzung von Flüchtlingen ein und forderten „mehr Zivilcourage“. Kritisch wurde auch angemerkt, dass außer einem Bürgerschaftsabgeordneten kein einziger Stadtvertreter sich zum Gedenken in der Hafenstraße einfand. In Hinblick auf den geplanten Neonaziaufmarsch am 1.April in der Hansestadt sagte eine Sprecherin, man werde sich auch dieses Mal der rassischtischen Hetze in den Weg stellen. Als „beschämend“ bezeichnete ein Sprecher die Tatsache, dass der Gedenkstein – umgrenzt von einem Zaun auf einem baustellenähnlichen Grundstück – eher unansehnlich platziert ist.

Die (An-)Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zehn Jahre nach dem Verbrechen war enttäuschend gering.

www.antifainfo.de ■

„Break the silence:“

Demonstration und Festival gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Am 10.12. fand in Garbsen bei Hannover eine Aktion gegen Rassismus und rechte Gewalt statt. Aufgerufen hatte eine Garbsener Initiative und zahlreiche Unterstützer. Darunter die Schülervertretungen der IGS Garbsen, der Caroline-Herschel Realschule, Hauptschule Garben, Johannes-Kepler Gymnasium und der Schule am Kleegrund. Ferner die Unabhängige SchülerInnenitiative Garbsen (UsiG), die evangelische Jugend der ev.-luth. Kirchengemeinde, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-VdA), die Freie Arbeiterunion Hannover (FAU), die Antifaschistische Aktion Hannover AAH, Avanti Hannover, das Projekt für Demokratie – Courage zeigen, die IG Metall- und die DGB-Jugend Hannover sowie [‘solid] – die sozialistische Jugend und die Linkspartei.PDS Hannover.

Die Demonstration begann um 13 Uhr mit einer kurzen Kundgebung auf dem Rathausplatz. Teilgenommen haben etwa 300 – darunter der größte Teil Schüler und Jugendliche, aber auch ca 40 ältere Antifaschisten. Die Demonstration zog mit zahlreichen Transparenten und Fahnen quer durch Garbsen zum ev. Gemeindehaus in Alt-Garbsen. Dort fand von 16 bis 21 Uhr ein Festival mit Info-Ständen, Essen und Trinken sowie Live-Acts von Rock über Metal bis (Ska)Punk statt.

Die Garbsener Initiative gegen Rassismus und Rechtsradikalismus gründete sich als Reaktion auf den hohen Organisationsgrad der Rechtsextremen, gewalttätige Übergriffe, die Verteilung der ‚Schulhof-CD‘ und geklebte Aufkleber.

Die neue Presse berichtete am 12.12.: „Laut Polizeichef Detlev Edeler gibt es keine rechtsextreme Szene in Garbsen.“

Demgegenüber heißt es im Aufruf der Initiative: „Ein deutliches Zeichen für das Zunehmen rechtsextremer Aktivitäten in Garbsen ist unter anderem die massive Wahlwerbung der NPD zur Bundestagswahl im September. Im Vorfeld der Wahlen wurden ... besonders viel NPD-Plakate und Sticker um Schulen und Hauptverkehrsstaßen in Garbsen aufgehängt bzw. geklebt.“

Bei den Bundestagswahl erreichte die NPD immerhin 1,3% der Zweitstimmen, 2002 waren es gerade mal 0,1%!

Noch in der Nacht vor der Aktion hatten sogenannte „Unbekannte“ wie die Neue Presse schreibt, „Plakate an das Gemeindehaus ... geklebt.“ Bei den Demonstranten „handele es sich ... um ‚kriminelle Selbstdarsteller‘, die Angst und Schrecken verbreiteten.“ (Zitat NP) – Alles Lüge, wie auch die angegebene Zahl von angeblich „nur 100“ Demonstranten.

Im Gemeindezentrum gab es Büchertische und Infostände der VVN-BdA, der Antifaschistischen Aktion und der Kirchengemeinde Garbsen.

Als einzige politische Partei war die Linkspartei.PDS Hannover mit Infos und Büchern vertreten und mit heißem Glühwein gegen die Kälte. Über einen Ghetto-Blaster wurde Rock- und Punk-Musik gespielt. Es kam gut an.

Insgesamt war diese Veranstaltung ein voller Erfolg gegen Rassismus, rechte Propaganda und Gewalt. „Wir wollen das Schweigen brechen! Keine Akzeptanz dem rechtsextremen Gedankengut! Weder in Garbsen, noch sonst wo!“ heißt es am Schluss des Aufrufs. Das ist gut gelungen.

Axel Ulrich und Robert Niemann ■

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof

Politischen Standort 2005 gehalten: Rechtsaußen

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof (Buxtehude) hat 2003 sein geschichtsrevisionistisches Buch: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ veröffentlicht. In diesem in dritter Auflage erschienenen Buch stellt er Nazi-Deutschland als einen Zufluchtsort (!) für hunderttausende Juden aus Polen dar. Er behauptet: „... daß in den Jahren 1933 bis 1938 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland suchen.“.

In einem längeren Interview mit der „National-Zeitung“ äußerte er sich im April 2005 über die Zielgruppe seines Buches: „Ich habe das Buch vor allem für junge Menschen geschrieben. Die jungen Deutschen sollten wissen, was mit uns gespielt wurde und wird.“

Schultze-Rhonhof war auch im Jahr 2005 gefragter Partner und Referent im rechtem Milieu. Sein Buch ist mittlerweile als Hörbuch erhältlich und eine Videoaufzeichnung seines Vortrages kann über den einschlägigen Versandhandel bezogen werden.

Vortragsreise nach Bayern

Schultze-Rhonhof referierte am 15.2.05 beim Treffpunkt „Friedensengel“ der Münchener Burschenschaft „Arminia-Rhenania“ zum Thema: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ und war am folgendem Tag Gast bei der nationalkonservativen Münchner Winterakademie.

Ludwig König, München, schrieb über diese Versammlung:„Fast 300 zumeist ältere Zuhörer drängen sich im übervollen Saal des Hotel Eden-Wolff am Münchner Hauptbahnhof. Mitglieder von Revanchistenverbänden und kahlgeschorene Burschenschaftler sind auch dabei. Auf der Anwesenheitsliste tragen sich viele Akademiker ein. Fast jeder legt einen Geldschein in den Spendenkorb.“ Und an anderer Stelle im Text:

„Schrenk-Notzings Ehefrau Regina leitet die Winterakademie. Sie kennt ihre Pappenheimer. ‚Keine Agitation, keine Verschwörungstheorien‘ mahnt sie vor Fragen aus dem Publikum. Was der General über das ‚Zusammenspiel von kapitalistischen und kommunistischen Juden hinter Roosevelt und Stalin denke‘, wollte ein junger Mann wissen. ‚Ich habe dazu natürlich meine Meinung, aber wenn ich die äußern würde, hätte ich das ganze Buch nicht veröffentlichen können‘, deutet Schultze-Rhonhof an und erntet dafür schallenden Applaus.“

Einen weiteren Vortrag in Bayern hielt Schultze-Rhonhof beim außen- und sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU in Landshut. Die Landshuter Zeitung titelte am 18.2.05: „Ehemaliger Generalmajor stellt beim Landshuter CSU-Arbeitskreis Geschichtsschreibung auf den Kopf: ‚Zweiter Weltkrieg hatte viele Väter‘“. Die Zeitung berichtete am nächsten Tag ausführlich über den Vortrag. Den anschließenden Kommentar beendete der Redakteur mit der Feststellung: „Dass der ehemalige Generalmajor sich seinen eigenen Reim auf die Geschichte macht, ist seine Sache. Bedenklich ist, dass er vom außen- und sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU für seine verqueren Geschichtsdeutungen auch noch Beifall erhält.“

Aufruf der Generale

Schultze-Rhonhof war einer der Erstunterzeichner des Aufrufes „8. Mai 2005 – Gegen das Vergessen“, der am 16. April 2005 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als Anzeige, von ihm initiiert, erschien. Erstunterzeichner des „Aufrufes der Generale“ waren auch Brigadegeneral a. D. Reinhard Günzel und Brigadegeneral a. D. Reinhard Uhle-Wettler und neun weitere ehemalige Generale. Der Aufruf der Generale wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Staatspolitik (IfS) veröffentlicht.

In der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ äußerte sich Schultze-Rhonhof am 22.4.2005 über seine Beweggründe für den Aufruf: „Dieses falsche Geschichtsbild, das uns jeden Tag im Fernsehen, in Kinofilmen und in Zeitungsartikeln präsentiert wird, kann ich einfach nicht mehr ertragen“. Auf die Frage „Welche Wirkung erhoffen Sie sich von der Anzeige?“ antwortete er: „Ich hoffe, daß die patriotischen und wertkonservativen Leute durch so eine Aktion ein wenig mehr Mut finden, sich zu äußern.“

„Stimme der Mehrheit“

Schultze-Rhonhof war weiterhin aktiv für die Arbeitsgemeinschaft „Stimme der Mehrheit“, zu deren Gründungsmitgliedern er gehörte. Die „Stimme der Mehrheit“ ist der Meinung, dass das Meinungsklima in der Bundesrepublik „stickig“ geworden sei, da die „selbst ernannten Tugendwächter der Political Correctness“ die „geistige Auseiandersetzung“ verhindern würden.

Die Präsidiumsmitglieder Gerd Schultze-Rhonhof, Heiner Kappel und Norman von Scherpenberg (Staatssekretär a. D.) hatten für den 20. und 21. Oktober 2005 zur „zentralen Vortragsveranstaltung“ und zur „Besinnung“ hinsichtlich Zweck und Zielrichtung der „Stimme der Mehrheit“ nach Bremen eingeladen.

Burschenschaftsveranstaltung in Universitätsgebäude untersagt

Die Greifswalder Burschenschaft „Rugia“ plante für den 24.11.2005 eine Vortragsveranstaltung in einem Hörsaal der Universität mit Schultze-Rhonhof.

Der Vortrag wurde auf den Internetseiten der Burschenschaft mit „Der Krieg, der viele Väter hatte“ angekündigt. Der Universitätsrektor untersagte der „Rugia“ kurzfristig die Nutzung von Räumlichkeiten in der Universität für diesen Vortrag. Die Veranstaltung musste daraufhin in das Verbindungshaus der Burschenschaft verlegt werden.

Resümee

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof hatte im Jahr 2005 weniger öffentlichkeitswirksame Auftritte und Veröffentlichungen als in den Vorjahren. Der von ihm propagierte „Aufruf der Generale“ fand insgesamt wenig Beachtung. Schultze-Rhonhof hat sich durch sein Interview mit der „National-Zeitung“, der auflagenstärksten periodischen Publikation im Bereich des Rechtsextremismus in Deutschland, erneut eindeutig politisch positioniert. In neofaschistischen Kreisen hat er sich mittlerweile durch sein Buch „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ einen Namen als revisionistischer Historiker gemacht.

Michael Quelle (VVN-BdA Stade), Januar 2006 ■

Naziaufmarsch in Lüneburg am 28.1.06

LÜNEBURG. Neonazis wollen am 28. Januar. in drei Städten aufmarschieren. In Karlsruhe, Dortmund und in Lüneburg. Lüneburg ist Demonstrationsort geworden, nachdem der Aufmarsch in Celle verboten blieb, da es C. Worch versäumt hatte, rechtzeitig einen Widerspruch gegen das Verbot einzulegen. In der Kürze der Zeit soll nun auch in Lüneburg eine antifaschistische Aktion auf die Beine gestellt werden. Antifa Gruppen aus Norddeutschland und darüber hinaus rufen wir dazu auf, am 28. Januar nach Lüneburg zu kommen. Da auch die Aktionen in Dortmund und Karlsruhe unterstützt werden müssen, sollte die Entscheidung, wo man hinfährt, von der jeweiligen Entfernung zum Demonstrationsort abhängig gemacht werden.

Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen ■

Demonstration gegen den Naziaufmarsch: Samstag, 28. Januar 2006, 10 Uhr, Clamart - Park, Lüneburg
Weitere Infos: aa.lg-ue@gmx.net
www.kein-naziaufmarsch.tk
Infotelefon: 0172 - 4152311

Der baden-württembergische „Gesprächsleitfaden für die Einwanderungsbehörden“

Kulturkampf und Angriff auf demokratische Grundsätze

Der „Gesprächsfaden“ ist ein Stück Durchsetzung deutscher Leitkultur und eine Strategie, den Anteil der muslimischen Bevölkerung klein zu halten bzw. ihren Anteil an der Zuwanderung zu drosseln. Er ist zugleich Teil der Wahlkampfstrategie der CDU, die damit traditionsbewusste, obrigkeitsgläubige und autoritätsorientierte Leute für sich an die Wahlurne bringen will. Hier geht es um die Formierung der gesellschaftlichen Eliten und die Durchsetzung einer gesellschaftlichen Homogenität. Und es sollen diese Eliten zusammengeschlossen werden mit denjenigen Ausgegrenzten, die glauben, ihre Arbeitsplätze und ihre Lebensweise gegen Fremde verteidigen zu müssen.

Wie stehen Sie zur Homosexualität? Was würden Sie sagen, wenn Ihre Tochter einen Mann schwarzer Hautfarbe oder aus einer niedrigeren Gesellschaftsschicht heiraten will? Mit dem „Gesprächsleitfaden“ sollen die Ausländerbehörden im Land herausfinden, ob eine einbürgerungswillige Person würdig ist, den deutschen Pass zu erhalten. Würde man den „Gesprächsleitfaden“ traditionsbewussten Deutschen und zum Beispiel CDU-Mitgliedern oder strengen Katholiken vorlegen, würden diese einige Fragen sicher ähnlich beantworten wie gläubige Muslime oder andere Menschen aus traditionellen Gesellschaften. Wie lange ist es her, dass „ledige“ Mütter und Kinder bei uns diskriminiert wurden? Wie lange ist es her, dass Frauen in technischen Berufen keine Lehrstelle bekamen? Werden Frauenberufe nicht immer noch schlechter bewertet und bezahlt und werden Frauen bei gleicher Tätigkeit wie Männer nicht immer noch schlechter bezahlt? Ist Homosexualität nicht immer noch gesellschaftlich umstritten?

Im Gefolge der Globalisierung kommen vermehrt Einbürgerungswillige aus ganz unterschiedlichen Gesellschaften, zum Teil aus solchen, die (noch) rückschrittliche Rechtsnormen haben und in denen traditionelle Zusammenhänge und Sitten der Familie und der Sippe höher stehen als die Rechte des Individuums, der Person. Die Einwanderungswilligen werden nun aber nicht etwa aufgeklärt über die Rechtsnormen in Deutschland, sie werden nicht darauf hingewiesen, dass der Verstoß dagegen – zum Beispiel die Mehrfach-Ehe oder das Verstümmeln oder das Einsperren eines Familienmitglieds – sanktioniert wird, sie werden ausgeforscht.

Der Staat muss die entsprechenden Gesetze formulieren und umsetzen, und die gesellschaftlichen Gruppen, z.B. auch die Kirchen, müssen diese Gesetze anerkennen. Einengende Traditionen und Sitten, Familienzwang und religiöse Intoleranz in der Gesellschaft lösen sich nicht durch Gesetze auf, sondern durch gesellschaftliche Kritik und Ächtung. Vor allem müssen sich die einzelnen

Menschen daraus befreien können, es muss einen Ausweg oder einen Fluchtweg und Hilfe dazu geben. Das heißt, dass die Rechte der Person gesetzlich und praktisch garantiert werden.

Eine Ausforschung und Gesinnungsschnüffelei ist jedoch nicht legitim und nicht rechtens. Das Grundgesetz hält ausdrücklich fest, dass eine Diskriminierung aufgrund von Meinungen, Glauben, politischer Gesinnung verboten ist.

Dieses Grundrecht ist in Jahrhunderten erkämpft worden. In die Prüfung des eigenen Gewissens, in die Zwiesprache mit Gott darf sich kein Staat oder keine Institution einmischen. Trotzdem gibt es in der Bundesrepublik immer noch eine Tradition der staatlichen Gewissenserforschung bzw. des Ausschnüffelns von Gesinnung. Die amtliche Prüfung der Verweigerung des Wehrdienstes ist eine. Die Berufsverbotspraxis seit den siebziger Jahren hat Tausenden von jungen Leuten den Beruf, den sie angestrebt und für den sie ausgebildet wurden oder studiert hatten, verschlossen. Bei Asylsuchenden spielt die Gesinnung eine Rolle, man denke nur an die kurdischen Flüchtlinge.

Mit politischen Methoden wie der Gesinnungsprüfung und jetzt aktuell mit dem „Gesprächsleitfaden“ greift der Staat selbst seine demokratischen Grundlagen an. Hier wird versucht, eine Mehrheitsgesellschaft zu formieren, die bestimmte Personen oder Gruppen ausgrenzt. Damit wird in der Tendenz eine offene Gesellschaft zu einer autoritären. Wer also z.B. Frauenrechte verteidigen will, sollte dies nicht unter Preisgabe von Grundrechten versuchen. Es wäre letztlich gar nicht möglich in einem formierten, autoritären Staat.

Demokratie und Gerechtigkeit setzen voraus, dass nicht der Staat bestimmt, was gut ist oder was ein gutes Leben ist. Das muss jeder Mensch oder jede gesellschaftliche Gruppe selbst entscheiden. Notwendig ist nur, dass niemand anderen Menschen das Lebensrecht, die menschliche Würde, die Freiheit der Person, das heißt die Grundrechte abspricht und dass niemand einen anderen Menschen oder eine andere Gruppe vernichten will oder ihnen die Lebensmöglichkeit nimmt. Und dies müssen die Gesetze sichern.

ulk ■

Der Leitfaden, dokumentiert nach FAZ vom 10.1.2006:

Vorbemerkung
Das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist Einbürgerungsvoraussetzung nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StAG. Entsprechendes gilt im Rahmen der Ermessenseinbürgerung. Es darf deshalb keineswegs als Formalie gehandhabt werden, die mit der Unterschrift unter die Bekenntniserklärung erfüllt ist. Soweit die Einbürgerungsbehörde Zweifel hat, ob der Einbürgerungsbewerber den Inhalt seiner Erklärung wirklich verstanden hat und ob sie seiner inneren Überzeugung entspricht, führt sie ein Gespräch mit ihm unter Verwendung dieses Leitfadens. Die Ergebnisse des Gesprächs sind zu dokumentieren und vom Einbürgerungsbewerber zu unterschreiben. Dabei sind auch Erläuterungen zu den jeweiligen Antworten zu erfragen und festzuhalten. Der Einbürgerungsbewerber ist darauf hinzuweisen, dass unwahre Angaben als Täuschung der Einbürgerungsbehörde gewertet werden und – auch noch nach Jahren – zur Rücknahme der Einbürgerung führen können. (. . .)

1. Das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland umfasst die Werteordnung des Grundgesetzes, die inhaltsgleich für alle Staaten der Europäischen Union gilt. Dazu gehören unter anderem
• der Schutz der Menschenwürde
• das Gewaltmonopol des Staates, das heißt, außer dem Staat darf in der Bundesrepublik Deutschland niemand Gewalt gegen einen anderen anwenden, es sei denn in Notwehr. Der Staat selbst darf Gewalt nur auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung anwenden
• sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Entsprechen diese Grundsätze Ihren persönlichen Vorstellungen?

2. Was halten Sie von folgenden Aussagen?
• „Demokratie ist die schlechteste Regierungs-

form, die wir haben, aber die beste, die es gibt."

• „Die Menschheit hat noch nie eine so dunkle Phase wie unter der Demokratie erlebt. Damit der Mensch sich von der Demokratie befreien kann, muss er zuerst begreifen, dass die Demokratie den Menschen nichts Gutes geben kann . . ."

3. In Filmen, Theaterstücken und Büchern werden manchmal die religiösen Gefühle von Menschen der unterschiedlichen Glaubensrichtungen verletzt. Welche Mittel darf der einzelne Ihrer Meinung nach anwenden, um sich gegen solche Verletzungen seines Glaubens zu wehren, und welche nicht?

4. Wie stehen Sie zu Kritik an einer Religion? Halten Sie diese für zulässig? Setzen Sie sich damit auseinander?

5. In Deutschland können politische Parteien und Vereine wegen verfassungsfeindlicher Betätigung verboten werden. Würden Sie trotz eines solchen Verbots die Partei oder den Verein doch unterstützen? Unter welchen Umständen?

6. Wie stehen Sie zu der Aussage, dass die Frau ihrem Ehemann gehorchen soll und dass dieser sie schlagen darf, wenn sie ihm nicht gehorsam ist?

7. Halten Sie es für zulässig, dass ein Mann seine Frau oder seine Tochter zu Hause einschließt, um zu verhindern, dass sie ihm in der Öffentlichkeit „Schande macht"?

8. In Deutschland kann die Polizei bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Eheleuten einschreiten und zur Abwehr von weiteren Gefahren den Täter für einige Tage aus derWohnung verweisen? Was halten Sie davon?

9. Halten Sie es für einen Fortschritt, dass Männer und Frauen in Deutschland kraft Gesetzes gleichberechtigt sind? Was sollte der Staat Ihrer Meinung nach tun, wenn Männer dies nicht akzeptieren?

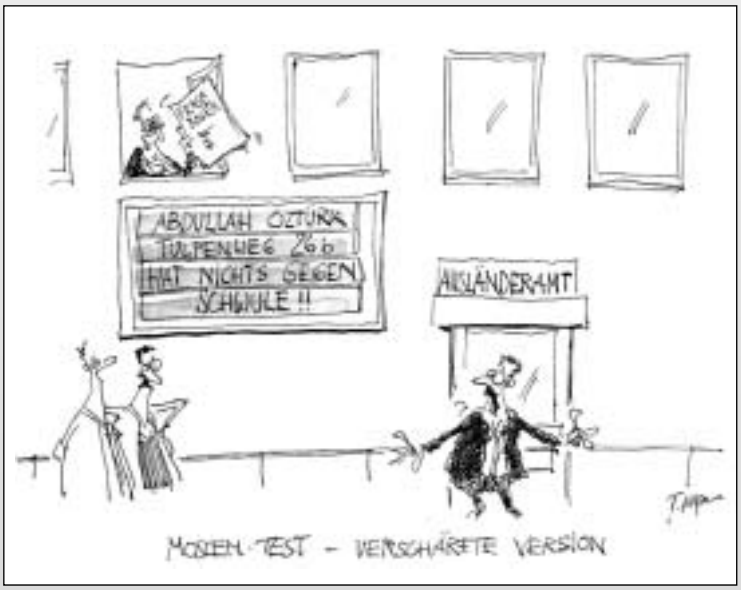
10. In Deutschland kann jeder bei entsprechender Ausbildung nahezu jeden Beruf ergreifen. Was halten Sie davon? Sind Sie der Meinung, dass bestimmte Berufe nur Männern oder nur Frauen vorbehalten sein sollen? Wenn ja, welche und warum?

11. Welche Berufe sollte Ihrer Meinung nach eine Frau auf keinen Fall ausüben? Hätten Sie bei bestimmten Berufen Schwierigkeiten, eine Frau als Autoritätsperson anzuerkennen?

12. In Deutschland kann jeder selbst entscheiden, ob er sich lieber von einem Arzt oder einer Ärztin behandeln lässt. In bestimmten Situationen besteht diese Wahlmöglichkeit jedoch nicht: Notfall, Schichtwechsel im Krankenhaus. Würden Sie sich in einem solchen Fall auch von einer Ärztin (männlicher Einbürgerungsbewerber) oder einem Arzt (Einbürgerungsbewerberin) untersuchen oder operieren lassen?

13. Man hört immer wieder, dass Eltern ihren volljährigen Töchtern verbieten, einen bestimmten Beruf zu ergreifen oder einen Mann ihrerWahl zu heiraten. Wie stehen Sie persönlich zu diesem Verhalten? Was würden Sie tun, wenn Ihre Tochter einen Mann anderen Glaubens heiraten oder eine Ausbildung machen möchte, die Ihnen nicht gefällt?

14. Was halten Sie davon, dass Eltern ihre Kinder zwangsweise verheiraten? Glauben



Sie, dass solche Ehen mit der Menschenwürde vereinbar sind?

15. In Deutschland gehört der Sport- und Schwimmunterricht zum normalen Schulunterricht. Würden Sie Ihre Tochter daran teilnehmen lassen? Wenn nein: Warum nicht?

16. Wie stehen Sie dazu, dass Schulkinder an Klassenausflügen und Schullandheimaufenthalten teilnehmen?

17. Ihre volljährige Tochter/Ihre Frau möchte sich gerne so kleiden wie andere deutsche Mädchen und Frauen auch. Würden Sie versuchen, das zu verhindern? Wenn ja: Mit welchen Mitteln?

18. Bei Einbürgerungsbewerberinnen: Ihre Tochter möchte sich gerne so kleiden wie andere deutsche Mädchen und Frauen auch, aber Ihr Mann ist dagegen? Was tun Sie?

19. Ihre Tochter/Schwester kommt nach Hause und erzählt, sie sei sexuell belästigt worden. Was tun Sie als Vater/Mutter/Bruder /Schwester?

20. Ihr Sohn/Bruder kommt nach Hause und erzählt, er sei beleidigt worden. Was tun Sie als Vater/Mutter/Bruder/Schwester?

21. Erlaubt das Grundgesetz Ihrer Meinung nach, seine Religion zu wechseln, also seine bisherige Glaubensgemeinschaft zu verlassen und ohne Religion zu leben oder sich einer anderen Religion zuzuwenden? Was halten Sie davon, wenn man wegen eines solchen Religionswechsels bestraft würde (z. B. mit dem Verlust des Erbrechts)?

22. Sie erfahren, dass Leute aus Ihrer Nachbarschaft oder aus Ihrem Freundes oder Bekanntenkreis einen terroristischen Anschlag begangen haben oder planen. Wie verhalten Sie sich? Was tun Sie? (Hinweis für die EBB: Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Dr. Nadeem Elyas, hat im ZDF am 15.7.2005 – nach den Anschlägen in London – erklärt, die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden sei für Muslime „ein islamisches Gebot und kein Verrat"!)

23. Sie haben von den Anschlägen am 11. September 2001 in New York und am 11. März 2004 in Madrid gehört.Waren die Täter in Ihren Augen Terroristen oder Freiheitskämpfer? Erläutern Sie Ihre Aussage.

24. In der Zeitung wird manchmal über Fälle berichtet, in denen Töchter oder Ehefrauen von männlichen Familienangehörigen wegen „unsittlichen Lebenswandels" getötet wurden, um die Familienehre wiederherzustellen. Wie stehen Sie zu einer solchen Tat?

25. Was halten Sie davon, wenn ein Mann in Deutschland mit zwei Frauen gleichzeitig verheiratet ist?

26. Wie beurteilen Sie es, wenn ein verheirateter Mann aus Deutschland in seinen früheren Heimatstaat fährt und dort ein zweites Mal heiratet?

27. Manche Leute machen die Juden für alles Böse in derWelt verantwortlich und behaupten sogar, sie steckten hinter den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York? Was halten Sie von solchen Behauptungen?

28. Ihre Tochter bewirbt sich um eine Stelle in Deutschland. Sie bekommt jedoch ein ablehnendes Schreiben. Später erfahren Sie, dass eine Schwarzafrikanerin aus Somalia die Stelle bekommen hat. Wie verhalten Sie sich?

29. Stellen Sie sich vor, Ihr volljähriger Sohn kommt zu Ihnen und erklärt, er sei homosexuell und möchte gerne mit einem anderen Mann zusammenleben. Wie reagieren Sie?

30. In Deutschland haben sich verschiedene Politiker öffentlich als homosexuell bekannt. Was halten Sie davon, dass in Deutschland Homosexuelle öffentliche Ämter bekleiden?

Erklärung des Einbürgerungsbewerbers:

Meine Antworten und Erläuterungen zu den gestellten Fragen sind korrekt wiedergegeben und entsprechen meiner tatsächlichen inneren Einstellung. Ich hatte keine Schwierigkeiten, die Fragen zu verstehen; soweit ich sie nicht gleich verstanden habe, wurden sie mir so erklärt, dass ich alles verstanden habe. Ich wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass unwahre Angaben als Täuschung der Einbürgerungsbehörde gewertet werden und – auch noch nach Jahren – zur Rücknahme der Einbürgerung führen können, selbst wenn ich dadurch staatenlos werden sollte.

Ort, Datum Unterschrift"

Fight Club mit Nazis fand trotz Stadtratsresolution statt

GERA. Ungestört konnte am 26. Dezember eine Fight Club Veranstaltung mit Nazis in Gera ablaufen. Trotz einer Stadtratsresolution und einer Erklärung der Free Fight Association versammelten sich etwa 400 Zuschauer in der nach dem ermordeten Antifaschisten Erwin Panndorf benannten Sporthalle in Gera, unter ihnen auch mehrere Nazigruppen.

Neben unauffällig gekleideten Nazis tauchten auch T-Shirts mit Labels wie *Landser“ oder *Hauptkampflinie“ auf. Außerdem waren Mitglieder mehrerer Nazibands und Nazi Free Fight Vereinen präsent. Aus Altenburg tauchten Personen der Nazihatecorebands „Moshpit“, „Abolition“ und „Eternal bleeding“ und aus Wurzen Matthias Eichler vom Nazi Free Fight Verein „Fighting Fellas“ auf. Dieser betreibt den Onlineshop „Gewalttätersport“ und unterhält gute Kontakte zu Thomas Persdorf, der den nazistischen Onlineshop „Front Records“ betreibt.

Außerdem waren Nazis der Band „Blitzkrieg“ aus Chemnitz, die bei anderen Fight Clubs auch in „Hoonara“ (Hooligans, Nazis und Rassisten) Gruppen auftreten und Aktivisten aus dem in Deutschland verbotenen „Blood & Honour“ Spektrum in der Sporthalle zugegen. Einlass und Ordnerdienst übernahmen Personen des Eastfight e.V. und der Alpha DSD Security, über deren Kontakte in Nazikreise die Antifaschistische Aktion Gera [AAG] Anfang Dezember berichtete.

Zwei Wochen vor dem Fight Club mit Nazis verabschiedete der Stadtrat von Gera auf Initiative der Linkspartei.PDS eine Resolution, welche die Kündigung des Mietvertrages als Ziel hatte. Ungeachtet des Beschlusses und der erdrückenden Recherchen über Verbindungen vom Eastfight e.V. und mehrerer Sponsoren in die Naziszene, sah die Stadt Gera keinen Kündigungsgrund, der eine Absage rechtlich rechtfertigen würde. Somit wurde auf das Sound & Light Veranstaltungstechnik Eventmanagement aus Altenburg, welches sich als eigentlicher Veranstalter herausstellte, weder Druck ausgeübt noch eine Kündigung des Mietvertrages erwirkt.

„Solch inakzeptable Ignoranz gegenüber Nazis ist städtische Kontinuität. Dass dies erfolglos bleibt und sich eine radikale Kritik an diesen Deutschen Zuständen artikuliert, zeigte das bewirkte öffentliche Interesse und wird weiterhin eines unserer Ziele sein“, so Anna Schneider, Pressesprecherin der [AAG].

Auch der bundesweite Free Fight Verband, die „Free Fight Association“ (FFA) sprach sich gegen den Fight Club mit Nazis in Gera aus und veröffentlichte eine Stellungnahme unter dem Titel „Kein Sport mit Nazis“. Darin spricht sich der Verband gegen die stärker werdende Präsenz der „rechtsextremistischen Szene“ bei Fight Clubs aus und erklärt, dass solche „Veranstalter, Vereine und Sportler“ nicht unterstützt werden. Dabei stellt die FFA klar, dass sie „rassistisches, antisemitisches und anderes Gedankengut“ sowie „Bestrebungen, die versuchen den Free Fight Sport als Plattform zur Verbreitung von neofaschistischer Ideologie“ zu nutzen, nicht toleriert.

Anlass für das politische Aufsehen war ein Offener Brief der Antifaschistischen Aktion Gera [AAG] Anfang Dezember, in dem mehrere Sponsoren und die Stadt Gera als Vermieter der Sporthalle aufgefordert wurden, wegen derVerstrickungen in die Naziszene dem Fight Club jedwede Unterstützung aufzukündigen.

Antifaschistische Aktion Gera [AAG], aag@systemli.org ■

Gewaltig zugelegt

BERLIN. Die Zahl rechtsextremer Delikte und Straftaten steigt dramatisch – auch die neonazistische Szene wächst. Die bislang bekannten, vorläufigen Zahlen der Polizei liegen um mehr als 30 Prozent über den vergleichbaren Werten von 2004. So wurden von Januar bis Ende November 2005 insgesamt 9453 rechte Straftaten registriert. Im gleichen Zeitraum 2004 waren es 7145 Delikte. Diese Zahlen gehen aus den Antworten der Bundesregierung auf monatliche Anfragen der Bundestagsabgeordneten Petra Pau (Linkspartei/PDS) und weiterer Mitglieder ihrer Fraktion zur Entwicklung rechter Kriminalität in Deutschland hervor. Eine deutliche Zunahme ist auch bei den in der Gesamtzahl enthaltenen rechten Gewalttaten zu verzeichnen. Die Angaben der Bundesregierung summieren sich von Januar bis November 2005 auf 531 Körperverletzungen und andere einschlägige Delikte. Das sind 98 mehr als in den elf Monaten 2004.

In ihren Antworten erwähnt die Regierung auch jedes Bundesland. Dabei fällt auf, dass in Ostdeutschland vor allem Sachsen und im Westen Nordrhein- Westfalen besonders stark von rechter Kriminalität heimgesucht werden. In Sachsen stellte die Polizei von Januar bis November 2005 insgesamt 1662 Delikte fest, darunter 69 Gewalttaten. In Nordrhein-Westfalen waren es 1681 Delikte, mit eingerechnet sind 100 Gewalttaten. Auch wenn sich die Zahlen der beiden Länder ähneln, zeigen sie doch, dass der Osten härter getroffen wird. In Nordrhein- Westfalen „verteilen“ sich die rechten Delikte auf 18 Millionen Einwohner – in Sachsen sind es nur 4,3 Millionen. Die Angaben der Bundesregierung sind vorläufiger Natur, da in der Regel zahlreiche Straftaten von den Polizeien der Länder nachgemeldet werden. Außerdem fehlen noch die Angaben zum Dezember.

Quelle: Tagesspiegel 6.1.06 ■

12 000 Menschen droht Abschiebung

HANNOVER. Mehr als 12 000 lange in Niedersachsen geduldete Flüchtlinge müssen ihre Abschiebung befürchten. Darauf haben die Caritas-Verbände am Donnerstag in Hannover hingewiesen. „Diese Menschen, die seit mindestens fünf Jahren hier wohnen und von denen viele arbeiten und unsere Sprache gut sprechen, leben in ständiger Angst,“ sagte Direktor Hans-Jürgen Marcus aus Hildesheim. Die Caritas nehme das Problem so ernst, dass sie Integration in diesem Jahr zum Schwerpunktthema ihrer Arbeit mache. Die katholischen Wohlfahrtsverbände forderten Innenminister Uwe

Schünemann (CDU) unter Hinweis auf das christliche Menschenbild auf, für sechs Monate einen Abschiebestopp zu erlassen. Bei der Überarbeitung des Zuwanderungsgesetzes müsse dann ein großzügiges Bleiberecht vereinbart werden.

Kai Weber vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat in Hildesheim bestätigte die Zahl, die aus dem Ausländerzentralregister hervorgehe. Bundesweit würden rund 180 000 Altfälle geduldet. Als Abschiebehindernisse gelten zum Beispiel Krankheiten. Ein Teil der Flüchtlinge, etwa aus dem Irak und dem Kosovo, kann zunächst mit weiteren befristeten Duldungen rechnen. Diese Frist kann ein Jahr, aber auch nur eine Woche betragen. Andere, auch CDU-regierte Bundesländer handhabten die Duldung und die Möglichkeit von Härtefallregelungen weniger restriktiv, sagte Weber. Das Innenministerium sprach auf Anfrage von insgesamt 22 000 vorübergehend Geduldeten in Niedersachsen, 2005 habe es 1300 Abschiebungen gegeben. Minister Schünemann wolle nicht mit einer generellen Bleibeerlaubnis die begünstigen, die mit falschen Angabe ihre Rückkehr verhindert hätten.“ *bee*

Quelle: Hann. Allgemeine Zeitung v. 19.01.06 /Fluchtliste v. 20.1.06 ■

Bundesrat will „Überbewertung der Resozialisierung entgegenwirken“

Vielvölkeranstalt „Knast“

von Klaus Jünschke

Was Gefangene verbindet und ihnen gemeinsam ist, ist vor allem die Mauer, die sie umgibt und einschließt – eine ihnen äußerliche Gewalt. In Gesprächen mit jungen Gefangenen ist von ihnen immer wieder zu hören, dass sie keine Freunde in der Haft finden und dass es wichtig und richtig sei, niemandem zu vertrauen. Es sei denn, sie entdecken einen Mitgefangenen gleicher Herkunft.

Wenn sich heute Maria M. und Paolo Z. in Italien oder Ayse T. und Dogan A. in der Türkei auf den Weg nach Deutschland machen, machen sie sich als Individuen oder vielleicht noch mit ihren Familien auf den Weg, aber sie kommen als „Völker“ an und sie werden zu Italienern, Türken usw., weil sie sich hier ihrer „community anschließen, die ihnen Schutz gewährt, die ihnen Arbeit besorgt, mit der und durch die sie sich verständigen und politisches Gewicht verschaffen können. Von Anfang an bilden sich nach Nationalitäten getrennte Hilfsvereine…“ (1) (d’Eramo 1998:164)

In den Jugendgefängnissen beobachten wir ähnliches. Die deutschen Gefangenen berichten manchmal voller Bewunderung über ihre deutsch-russischen Mitgefangenen, weil diese neu ankommende Deutschrussen sofort mit allem versorgen, was jenen fehlt, beispielsweise Kaffee, Zucker und Tabak. Ein Jugendlicher türkischer Herkunft, der in Haft kommt, geht „natürlich“ auch direkt auf die inhaftierten Jugendlichen seiner Herkunft zu. Einige deutsche Gefangene ohne Migrationshintergrund vermissen diesen Zusammenhalt unter sich.

Das allgemeine Merkmal der Insassen der Justizvollzugsanstalten ist die Tatsache, dass alle einen Haftbefehl haben. Sie sind dringend verdächtig, eine oder mehrere Straftaten begangen zu haben, oder deswegen verurteilt worden. Erving Goffmann hat in seinem zuerst 1963 erschienen Buch „Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität“ zu bedenken gegeben, ob „alle Abweichenden genug Gemeinsamkeit haben, um eine spezielle Analyse zu rechtfertigen; weit mehr unterscheidet sie voneinander, als sie Gemeinsamkeiten haben…“ So gebe „es auch Personenkategorien, die von den Forschern der Gesellschaft erst geschaffen und dann von ihnen studiert wurden.“ (2) (Goffmann 1980:172)

Der Begriff „Intensivtäter“

Am Beispiel des polizeilichen Begriffs des jugendlichen „Intensivtäters“ kann gezeigt werden, wie wenig die Kategorien kriminell, abweichend, deviant, delinquent usw. geeignet sind, die Persönlichkeit junger Menschen zu verstehen oder sie zu charakterisieren: selbst die aktivsten der von der Polizei als „Intensivtäter“ bezeichneten Jugendlichen sind keine acht Stunden am Tag damit beschäftigt, Straftaten zu begehen. Es hat überhaupt noch keine Untersuchung gegeben, die uns Auskunft darüber geben könnte, wie viele Minuten bzw. Stunden die als Straftäter bezeichneten Jugendlichen in ihrem Leben mit dem Begehen von strafbaren Handlungen verbracht haben. Aber ständig werden sie genau darauf reduziert. Auf dem 26. Deutschen Jugendgerichtstag vom 25. bis 28. September 2004 in Leipzig ist im Arbeitskreis „Grenzen der Erziehung – Intensivtäter außen vor?“ in Abgrenzung zum polizeilichen Konzept des „Intensivtäters“ deutlich gemacht worden, dass es bisher nur unzureichend erforscht ist, wie aus Jugendlichen in Schwierigkeiten schwierige und schwierigste Jugendliche werden. (3) (DVJJ 2004)

Für mich ist auch immer wieder erstaunlich, dass wenig bekannt ist, wie relativ wenige Jugendliche und Heranwachsende in der Bundesrepublik inhaftiert werden. Nach einer dreitägigen Veranstaltung über Jugendgewalt, in der auch über Kriminalitätsfurcht und die Rolle der Medien bei der Skandalisierung der Jugendlichen als immer gewalttätiger informiert und diskutiert wurde, habe ich in Köln das Publikum gefragt, wie hoch denn ihrer Schätzung nach die Zahl der Jugendlichen aus Köln ist, die zur Zeit inhaftiert sind: über 1000, zwischen 500 und 1000, zwischen 100 und 500 oder unter Hundert? Zwei Drittel der Anwesenden schätzten 500 und mehr. Nur ein einziger hat richtig gelegen und für „unter 100“ plädiert. In einer Millionenstadt wie Köln sind zu einem beliebigen Stichtag ca. 60 Jugendliche und Heranwachsende in Haft. Sozusagen drei Schulklassen. Die Zahlen aus den skandinavischen Ländern zeigen, dass auch diese Haftzahlen in der Bundesrepublik weiter reduziert werden könnten. Das zeigt sich beispielhaft an der Entwicklung der Zahl der inhaftierten nichtdeutschen Gefangenen.

„Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik“

Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre gab es in der Bundesrepublik vier Studien zur Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in der Tradition von Franz von Liszt („Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik“) eine Reihe von Forderungen aufstellten, ergänzt um ausländerrechtliche Verbesserungsvorschläge. Heute sitzen die Kinder der damals Inhaftierten in den Jugendstrafanstalten, wir haben ein Zuwanderungsgesetz, das sich als Zuwanderungsbegrenzungsgesetz versteht, und es werden Jugendliche mit Migrationshintergrund wegen der Höhe ihre Haftstrafen auch dann abgeschoben, wenn sie hier geboren sind. Von 1990 bis 1999 hat die Zahl der deutschen Gefangenen um 8,9% zugenommen, und die Zahl der Nichtdeutschen um 161,7%.

Dass der Jugendvollzug gar kein Jugendvollzug im wörtlichen Sinn ist, sondern ein Heranwachsenden- und Jungerwachsenen-Vollzug, ist nur in der Fachwelt bekannt. 1999 z.B. waren von allen 7.150 Insassen des Jugendstrafvollzuges in Deutschland nur 12,6% im Alter von 14-18 Jahren. Dagegen waren 48,1% im Alter von 18 – 21 und 39,3% älter als 21.

Gleichfalls öffentlich ignoriert ist, dass die im Jugendstrafvollzug Einsitzenden und wegen ganz schwerer Kriminalität Verurteilten die Minderheit sind. „Legt man als Kriterium für schwere Taten z.B. zu Grunde, dass das Opfer schwer oder gar tödlich verletzt wurde, dass eine Waffe gebraucht oder ein Schaden von mehr als 5.000 DM verursacht wurde, so trifft auch nur eines dieser Merkmale gerade einmal auf ein Viertel der Jugendstrafgefangenen zu.“ (4) (Walter, Joachim 2000:64)

Die Deliktstruktur bei Jugendstrafgefangenen für 1999 nach einer Grafik aus dem Greifswalder Inventar zum Strafvollzug: Diebstahl 36,5%, Raub, Erpressung 24,9%, Körperverletzungsdelikte 11,5%, Drogendelikte 11,2% , Tötungsdelikte 4,5%, Sexualdelikte 2,9 % , Straßenverkehrsdelikte 2,8 %, Betrug, Untreue, Urkundenfälschung 2,0% , Sonstige Delikte 5,7% . Da davon ausgegangen wird, dass jeder zweite Inhaftierte ein Drogenproblem hat, kann man Jörn Foegen, dem Leiter der JVA Köln, leicht folgen, wenn er sagt, er könnte ein Drittel seiner Zellen dicht machen, wenn es zu einer nicht-repressiven Drogenpolitik kommen würde.

Zur Charakterisierung der Justizvollzugsanstalten

Die Insassen der Strafanstalten für Jugendliche in unserer Gesellschaft sind für mich Menschen, die in aller erster Linie folgende Gemeinsamkeiten haben: sie sind arm, schlecht ausgebildet und waren mehrheitlich bei der Tatbegehung arbeitslos. (5) (Wirth 1998) Das gilt für männliche und weibliche Gefangene gleichermaßen. Wir haben es folglich zuallererst mit „Armenanstalten“ zu tun.

In zweiter Linie ist aus meiner Sicht bemerkenswert, dass mehr als 95 % der Zellen in den JVAs mit männlichen Jugendlichen belegt sind und weniger als 5% von weiblichen Jugendlichen und He-

ranwachsenden. Ohne genaue Zahlen zu haben, ist mein Eindruck, dass die Geschlechterpolarisierung bei den Inhaftierten nichtdeutscher Herkunft etwas ausgeprägter ist, als bei den Inhaftierten mit deutschem Pass. In zweiter Linie hätten wir es folglich mit „Männer- bzw. Jungenanstalten“ zu tun.

Umfragen bei Sozialarbeitern in der Jugendabteilung der JVA Köln Ossendorf oder in den Jugendstrafanstalten haben ergeben, dass sie davon ausgehen, dass über 50 % der männlichen und über 70% der weiblichen Inhaftierten ein Drogenproblem haben. Was den Leiter der JVA Köln schon öffentlich überlegen ließ, ob er noch Leiter einer Einrichtung für Untersuchungs- und Strafgefangene ist oder schon Chef einer „Suchtkrankenanstalt“.

Aus den Haftakten kann man sehen, dass die Mehrheit der Insassen vorbestraft ist. Folglich wäre „Vorbestraften-Anstalt“ eine weitere Möglichkeit der Kennzeichnung der Jugendgefängnisse.

Wer mit Gefangenen vertrauensvoll über ihre Kindheit spricht, erfährt regelmäßig, dass sehr viele von ihnen in der Kindheit schwerstens misshandelt worden sind. Man könnte also auch von „Misshandelten-Anstalten“ sprechen.

Erst dann käme, dass Menschen ohne deutschen Pass in Haft überrepräsentiert sind. Aber auch hier zeigt uns die Zusammensetzung der Insassen nichtdeutscher Herkunft, dass der Volksbegriff oder die Nationalität zum Verständnis ihrer Anwesenheit im Gefängnis nichts hergibt. Siehe unter „Armutsanstalten“: arm, keine oder schlechte Schulabschlüsse, arbeitslos. So sind beispielsweise Gymnasiasten türkischer Herkunft oder Kinder japanischer Manager in den Justizvollzugsanstalten kaum oder gar nicht anzutreffen.

In der Auseinandersetzung mit der so genannten „Ausländerkriminalität“ geht man denn auch mehr und mehr dazu über, die Menschen mit Migrationshintergrund nach ihrem Aufenthaltstatus und der Dauer ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik zu unterscheiden: „Die Thematisierung ‚Zuwanderung und Kriminalität’ stellt auf mögliche Folgen des unterschiedlich sicheren Aufenthaltsstatus für Lebensverhältnisse, Integration und Kriminalität ab, anstatt auf Nationalitätszugehörigkeit.“ (6) (Bundesministerium 2001:307)

Zunehmend haben in den letzten Jahren dabei auch die deutschen Migranten aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion eine Rolle gespielt. Ich habe mit einigen von ihnen gesprochen und oft gehört, dass sie sich als Russen verstehen – nur wenn sie auf die Ämter gehen, würden sie sagen, sie seien Deutsche. Aber das nur nebenbei.

Selten kommen inhaftierte Jugendliche selbst zu Wort

Die Veröffentlichungen über Straftaten und Straftäter sind unüberschaubar geworden, die Zahl der Arbeiten, in denen die Gefangenen selbst zu Wort kommen ist klein und überschaubar. In der Bewertung der Anwendung narrativer biographischer Interviews wird oft betont, dass die Jugendlichen die besten Experten für ihre Situation seien. Ohne den Wert der qualitativen Methoden in Zweifel ziehen zu wollen, möchte ich dazu anmerken, dass es auch eine Ohnmacht der Täter gibt, eine „Unfähigkeit, die Erfahrung ihrer Lage in einem sinnvollen Ganzen zu lokalisieren. Die Frage lautet daher: Was sind die Wurzeln dieser Desorientierung?“ (7) (Zizek 2005:42)

Als die Anwerbung der so genannten Gastarbeiter vor 50 Jahren begann, war die Geschichte der Kriminalisierung von Minderheiten und Migranten schon einige hundert Jahre alt. (8) (Jünschke/Paul, 2005) Frage auch hier: obwohl das Thema „Ausländerkriminalität“ die Öffentlichkeit seit Jahrzehnten außerordentlich beschäftigt, mit dem Resultat, dass viele glauben, Kriminalität sei quasi eine „Ausländereigenschaft“, gibt es kaum Studien zur Situation der Ausländer in den deutschen Gefängnissen. Wie kann/muss man das verstehen?

Wegschluss der Armen oder Wiederherstellung des Sozialstaats?

Der Hamburger Kriminologe Fritz Sack rät, der „Zurichtung“ der Gruppe der jugendlichen Straftäter für Zwecke der strafenden und repressiven Transformation der Gesellschaft nachzugehen. „Und natürlich damit auch jene außerkriminellen Faktoren bloßzulegen, die diesen Prozess der gesellschaftlichen inneren Aufrüstung in Gang bringen und halten.“ (9) (Sack 1999:34) Die Geschichte des strafrechtlichen Common Sense von den USA bis nach Europa kann bei Loic Wacquant nachgelesen werden. Er sieht Europa vor eine historische Entscheidung gestellt: „Wegschluss der Armen und polizeiliche und strafrechtliche Kontrolle der von den Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt und dem entsprechenden Abbau sozialer Schutzmaßnahmen destabilisierter Bevölkerungsschichten einerseits…offensive Wiederherstellung der sozialen Leistungsfähigkeit des Staates andererseits.“ (10) (Wacquant 2000: 149)

Die Regierenden in Deutschland wollen sich offenbar für „einerseits“ entscheiden. In der Ausgabe von „Das Parlament“, Januar 2006 ist unter dem Titel „Schutz vor Straftätern“ zu lesen: „Der Bundesrat hat erneut den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes beim Deutschen Bundestag eingebracht…Mit dem Gesetzentwurf soll unterstrichen werden, dass der Schutz der Allgemeinheit neben der Resozialisierung der Straftäter als gleichwertiges Vollzugsziel anerkannt werden muss. Zur Begründung weist der Bundesrat darauf hin, dass sich in der Vollzugswirklichkeit eine grundsätzlich veränderte Gefangenenpopulation finde, die eine Korrektur des Strafvollzugsgesetzes erfordere. Immer mehr Gefangene seien behandlungsungeeignet, viele seien nicht resozialisierungsfähig, -willig, oder -bedürftig. Der Überbewertung der Resozialisierung müsse entgegengewirkt werden. Die vorrangige Ausrichtung des Vollzugs auf die Bedürfnisse der Gefangenen müsse gegenüber einem erhöhten Schutzbedürfnis der Bevölkerung zurücktreten.“

Gekürzter Vortrag vom vergangenen Wochenende in der Evangelischen Akademie Bad Boll

(1) D’Eramo, Marco (1998): Das Schwein und der Wolkenkratzer. Chicago: Eine Geschichte unserer Zukunft. Reinbek
(2) Goffmann, Erving (1980): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankurt a.M.
(3) DVJJ (Hrsg.) (2004): Ergebnisse des 26. Deutschen Jugendgerichtstages. Leipzig, 25. bis 28. September 2004. Hannover
(4) Walter Joachim (2000): Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention im Jugendvollzug. In: National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland (Hrsg.): Rechte von Kindern und Jugendlichen bei Freiheitsentzug. Dritter Deutscher Kinderrechte Tag. Berlin, S. 57-76
(5) Wirth, Wolfgang (1998): Ausländische Gefangene im Jugendstrafvollzug NRW. Ergebnis einer Stichtagserhebung (15.Juli 1997). In: Zeitschrift für Strafvollzug, Heft 5/98, S. 278-286(6) Bundesministerium des Innern / Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2001): Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin
(7) Zizek, Slavoj (2005): Pure Gewalt. Unkorrekte Reflexionen zu New Orleans, Frankreich und Verwandtem. In: Lettre International, Heft 71, Winter 2005, Seite 36-43 (8) Jünschke, Klaus / Paul Bettina (2005): Über die Kriminalisierung von Minderheiten und MigrantInnen. In: Klaus Jünschke und Bettina Paul (Hrsg.): Wer bestimmt denn unser Leben? Beiträge zur Entkriminalisierung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Karlsruhe
(9) Sack, Fritz (1999): Jugendgewalt – Schlüssel zur Pathologie der Gesellschaft? In: Schweizerischer Nationalfonds, Programmabteilung NFP 40 (Hrsg.): Gewalttätige Jugend – ein Mythos? Bulletin Nr.4, Bern, S. 5 - 36
(10) Wacquant, Loic (2000): Elend hinter Gittern. Konstanz

Weitere Veröffentlichungen des Autors unter ww.klausjuenschke.de

Frankreich:

Drastische Verschärfung der Gesetze zur Einwanderung

Frankreich steht nicht mehr unter dem Ausnahmezustand, doch andere, längerfristige Verschärfungen lassen nicht auf sich warten, die in dem innenpolitischen Klima nach den Unruhen in den ghettoisierten Trabantenstädten (banlieues) vom November 2005 leichter durchsetzbar geworden sind. Dies gilt etwa für die jetzt angekündigte, drastische Verschärfung der Gesetze zur Einwanderung und zum Aufenthalt von Ausländern in Frankreich. Sie soll bis Ende dieses Monats verabschiedet werden und im Februar dem Parlament vorgelegt werden. Bis im Mai 2006 soll er durch die Abgeordneten in dritter und letzter Lesung verabschiedet sein.

Ähnlich wie bei den erweiterten Befugnissen für den Polizeiapparat, die in den während des Dezember verabschiedeten neuen Antiterrorismus-Gesetzen enthalten sind (darunter die Verpflichtung für Internetcafés und Server, alle Verbindungsdaten für mindestens ein Jahr aufzubewahren und den Behörden den Zugang dazu zu gewähren), sind auch in diesem Falle die Pläne älter als der Ausbruch der Unruhen während des Herbstes. Einen ersten Auftrag zur Überarbeitung der Einwanderungsgesetze erteilte Innenminister Nicolas Sarkozy seinen Untergebenen schon im September. Doch im einen wie im anderen Falle haben das politische Klima nach den Unruhen und der verbreitete Ruf nach autoritären „Lösungen“ erheblich zur Durchsetzbarkeit von Verschärfungen beigetragen. Nicht zufällig hatte Premierminister Dominique de Villepin die Neuauflage der Ausländergesetzgebung am 19.11.05, auf dem Höhepunkt der politischen Schockwelle infolge der Unruhen, verkündet.

Am Donnerstag, 12. Januar gab Innenminister Nicolas Sarkozy, anlässlich der Verkündung seiner Neujahrswünsche an die Presse, nähere Einzelheiten bekannt. Aber längst waren schon präzisere Informationen an die Öffentlichkeit gedrungen, denn acht Initiativen und NGOs – von der AIDS-Hilfegruppe Act Up! über die Rechtsberatungsinitiative GISTI bis zur Antirassismusbewegung MRAP – stellten schon am 3. Januar einen Entwurf aus Sarkozys Ministerium (http://www actupparis.org/IMG/pdf/projet-reforme-immigration-CESEDA.pdf) ins Internet, begleitet durch ein kritisches Kommuniqué (http://www.actupparis.org/article2310.html#documents).

■ Die Neuerungen

Herausragende Neuerung ist die Einschränkung des Rechts auf Familienzusammenführung – der Familiennachzug war im November durch konservative Parlamentarier als eines der angeblichen Hauptübel, die hinter den Unruhen steckten, angegriffen worden. Die minimale „legale“ Aufenthaltsdauer eines Ausländers, der Familienmitglieder nachkommen lassen möchte, wird von ein auf zwei Jahre erhöht; vor allem aber werden die übrigen Bedingungen weit regressiver gefasst. Neben ausreichendem Wohnraum und Einkommen ist künftig auch eine „Integrations“bestätigung durch den Bürgermeister erforderlich. Die „republikanische Integration“ wird ferner nunmehr auch für ausländische Ehegatten von französischen Staatsbürgern geprüft, die künftig nicht mehr automatisch ein Recht auf Aufenthalt in Frankreich nach zwei Jahren Eheschluss haben werden. Ein Vorentwurf aus dem Hause Sarkozy will die Integrationsprüfung sogar auf die französischen Ehepartnerinnen selbst anwenden.

Seit einem Gesetz von Sarkozys konservativem Amtsvorgänger Jean-Louis Debré von 1997 bestand die Möglichkeit, dass ein Einwanderer, der nachweislich seit mindestens 10 Jahren ohne Unterbrechung in Frankreich lebt, seinen Aufenthaltsstatus „legalisieren“ lassen kann. Diese Legalisierungsoption will Sarkozy nun völlig abschaffen. Auch solche Immigranten, die seit mehreren Jahren in Frankreich leben und nachweislich intensive „familiäre oder persönliche Bindungen“ entwickelt haben, konnten bisher „legalisiert“ werden – was sich schon aus der Europäischen Menschenrechtskonvention ergibt, die den Respekt des Familienlebens garantiert. Dieses Recht will Sarkozy unter strikte Voraussetzungen stellen, etwa hinsichtlich der Integrationsvoraussetzungen in Gestalt von „Lage“ und „Komfort“ des Wohnraums; je nachdem, ob der betreffende Mensch in einer Trabantenstadt oder in einem Stadtzentrum lebt, könnte die Antwort auf diese Frage ziemlich unterschiedlich ausfallen.

Eine Maßnahme, die für das Gros der in Frankreich lebenden Immigranten eine starke Destabilisierung bedeutet, ist ferner die faktische Abschaffung der so genannten Zehn-Jahres-Karten. Diese 1984 mit den Stimmen aller großen Parteien eingeführten Aufenthaltstitel, die bei Fehlen eines Verweigerungsgrundes verlängerbar sind, stellten de facto eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis für seit längerem „legal“ in Frankreich lebende Einwanderer dar; ihn erhielten Nicht-EU-Ausländer nach 10 Jahren regelmäßiger Wohndauer in Frankreich. Kippt die Zehn-Jahres-Regelung würde dies eine erhebliche „Destabilisierung“ der auf Dauer und mit einem legalen Titel in Frankreich sich aufhaltenden Einwanderungsbevölkerung nach sich ziehen.

Ebenso sollen mit Franzosen verheiratete ausländische Staatsbürger nicht mehr diesen unbefristeten Aufenthaltstitel erhalten – was ihre spätere Situation natürlich prekarisiert, falls die Ehe in die Brüche geht. Künftig sollen ferner die ausländischen Ehepartner/innen von Franzosen während 3 Jahren nach der Hochzeit noch abgeschoben werden können, falls die Ehe in die Brüche geht (egal, ob familiäre Gewalt oder eine sonstige Ursache dies erklärt). Falls das gemeinsame Eheleben während mindestens eines Jahres ohne Unterbrechung in Frankreich stattfand, kann der oder die ausländische Ehepartner(in) künftig nach nunmehr vier Jahren – statt bisher zwei Jahren – die französische Staatsbürgerschaft annehmen, ansonsten nach fünf Jahren statt bisher drei.

■ Neue Elite?

Im Gegenzug zu all diesen Verschärfungen soll künftig eine besonders privilegierte Kategorie von Ausländern geschaffen werden, deren Aufenthaltsrecht allerdings auf drei Jahre befristet werden und/oder an das Bestehen ihres Arbeitsverhältnisses gekoppelt werden soll. Dazu sollen Personen mit besonderen „Fähigkeiten oder Talenten“ gehören, die „geeignet sind, auf bedeutende und dauerhafte Weise zur Entwicklung der französischen Ökonomie, zur Ausstrahlung Frankreichs in der Welt“ oder zur Entwicklung ihres Herkunftslandes beizutragen. Ferner geht es auch um in Frankreich ausgebildete, ausländische Studierende. Beide Gruppen sollen – im Gegensatz zu allen anderen Einwanderern – ein sofortiges Recht auf Familiennachzug wahrnehmen können. Ihre Förderung liegt völlig im Trend der Politik selektiver Zuwanderung von Hochqualifizierten, die auch auf EU-Ebene verfolgt wird. Früher nannte man so etwas „Brain Drain“, also das Abziehen der fähigsten oder bestausgebildeten Führungskräfte aus ärmeren Ländern – es wurde angeprangert, solange dessen Ablehnung als Argument dafür herhalten konnte, das Asylrecht in Deutschland oder Frankreich (jeweils 1993) einzuschränken. Jetzt, wo es nur noch ein Bruchteil der früheren Asylsuchenden überhaupt noch in „unsere“ Länder schafft, wird dagegen ganz ungeniert um die Anwerbung der „Besten“ gebuhlt. Bei Nicolas Sarkozy läuft das unter dem Slogan, der jetzt sogar explizit in dem Gesetzes-Vorentwurf auftaucht: „Kampf der erlittenen Zuwanderung“, gemeint ist: den durch das arme Frankreich erlittenen Einwanderern, „und Förderung der ausgewählten Zuwanderung“.

Selbst schwer kranke Ausländer, die bisher aus humanitären Gründen einen Aufenthaltstitel erlangen konnten, werden dagegen nur noch unter strengen Konditionen in Frankreich bleiben können: Recht-

liche Voraussetzung dafür wird künftig sein, dass das Krankheitsbild „die Überlebensprognose aufs Spiel setzt“ – also lebensbedrohlich ist – und eine angemessene Behandlung im Herkunftsland „aufgrund des Nichtvorhandenseins entsprechender sanitärer Mittel“ nicht möglich ist. Das bedeutet, dass es nicht mehr den Aufenthalt in Frankreich rechtfertigt, wenn medizinische Behandlungsmöglichkeiten im Herkunftsland zwar vorhanden, aber aus finanziellen Gründen einer kleinen Elite vorbehalten sind. Besonders betroffen davon sind HIV-Patienten, weshalb auch die AIDS-Hilfeorganisation „Act Up!“ zu den besonders scharfen Gegnern von Sarkozys Plänen zu Gesetzesverschärfungen gehört.

■ Reaktionen von Rechts

Die Konzeptionen von Nicolas Sarkozy sollen unter anderem auch die Funktion erfüllen, die an die extreme Rechte verlorenen Wähler wieder anziehen bzw. zu potenziellen konservativen Wählern zu machen. Dabei teilt das durch die extreme Rechte angezogene Publikum sicherlich nicht die Ambitionen zur Schaffung einer neuen Einwandererelite; auf seinen Beifall dagegen stoßen im Prinzip wohl alle Maßnahmen, die darauf hinauslaufen, gegen die weiter unten in den sozialen Hierarchie stehenden Einwanderer oder Zuwanderungskandidaten zu „treten“. Insbesondere im Hinblick auf solche Reaktionen betreibt Minister Sarkozy weiterhin sein Medienspiel mit den „Erfolgszahlen“, das er auf Abschiebezahlen ebenso anwendet wie bei Aufgriffszahlen von (mutmaßlichen) Straftätern durch die Polizei. Für das zurückliegende Jahr hatte Sarkozy den ihm untergebenen Dienststellen im Juni 2005 die Sollvorgabe erteilt, „23.000 Abschiebungen“ im laufenden Jahr zu erreichen gegenüber einer Vorjahresquote von 16.000. Laut der konservativen Tageszeitung „Le Figaro“ vom vergangenen Donnerstag könnten es freilich real – „nur“ – rund 20.000 geworden sein. Mit einer Untersuchung der individuellen Situationen, unter Berücksichtigung der Rechtspositionen der jeweiligen Individuen und der von ihnen im Falle einer unerwünschten Rückführung ins Herkunftsland gelaufenen Risiken, haben all diese Zahlenspiele offenkundig nichts zu tun.

Die extreme Rechte gerät durch diese Sprüche und die entsprechenden Taten des zuständigen Ministers leicht ins Dilemma: Soll sie die praktizierten „Lösungen“ verbal noch übertrumpfen und die real durchgeführte Politik der Schwächlichkeit zeihen – um sich damit aber eventuell auch in den Augen von Rechtswählern dem Verdacht einer übertriebenen, rein ideologisch motivierten Härte auszusetzen? Oder soll sie dazu applaudieren und zugleich versuchen, ihr angebliches „politisches Urheberrecht“ einzufordern – damit aber vielleicht zu wenig als Oppositionskraft erkennbar sein?

Bisher ist noch keine offizielle Reaktion von Le Pen bekannt. Die extreme Rechte „einholen“ oder gar überholen wird das konservative Regierungslager natürlich auch mit den geplanten, recht harschen Maßnahmen nicht können. So forderte Jean-Marie Le Pen in seinem Wahlprogramm von 2002 die „Abschaffung“ jeglichen Rechts auf Familiennachzug, desgleichen tat der Rechtskatholik Philippe de Villiers jüngst in seinen Neujahrswünschen an die Presse vom 11. Januar (vgl. dazu http://www.liberation.fr/ page.php?Article=350715).

Dies sind natürlich Sprüche, denn eine völlige Schleifung dieses Rechts, das mit der Garantie des Anrechts auf ein „normales Familienleben“ durch die Europäische Menschenrechtskonvention (Artikel 8) im Einklang steht, wäre sicherlich – ohne Aufkündigung mehrerer internationaler Verpflichtungen Frankreichs – mit den Richtern nicht so einfach zu machen. Aber der Wettlauf um den autoritärsten und rassistischsten Teil der Wählerschaft hat begonnen.

Bernhard Schmid Paris ■

:ostritt

Die „Landsmannschaft Ostpreußen“ intensiviert ihre kommunalpolitische Tätigkeit in Polen. Wie der Deutsche Ostdienst (DOD) berichtet, haben BdV-Präsidiumsmitglied Bernd Hinz, angeblicher „Kreisvertreter“ des 1945 aufgelösten „Kreises Preußisch Holland“ (ehemals Ostpreußen, heute Polen), und Landrat Adam Sierzputowski (Olsztyn) eine „Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitischer Partnerschaften“ gegründet. Die „Arbeitsgemeinschaft“ dient der Vertiefung der bisherigen „Kommunalpolitischen Kongresse“, die die „Landsmannschaft Ostpreußen“ seit mehreren Jahren regelmäßig durchführt (vgl. AN /05).

In der „Arbeitsgemeinschaft“ sollen so genannte „Heimatkreisgemeinschaften“ mitarbeiten, also Zusammenschlüsse ehemaliger Bewohnerinnen und Bewohner eines ehemals ostpreußischen Landkreises bzw. einer ehemals ostpreußischen Kreisstadt. Sie sollen mitarbeiten, sofern sie inzwischen dem Vorbild der „Heimatkreisgemeinschaft Preußisch Holland“ gefolgt sind und eine „Partnerschaft“ mit derjenigen polnischen Gebietskörperschaft unterzeichnet haben, die heute in ihrem Herkunftsgebiet besteht. „Partnerschaft“ bedeutet dabei, dass die „Heimatkreisgemeinschaft“ sich in kommunalpolitische Angelegenheiten der heutigen polnischen Gebietskörperschaften einmischt.

Nicht vorgesehen ist hingegen, dass polnische Gebietskörperschaften sich in Angelegenheiten der „Heimatkreisgemeinschaften“ einmischen.

Die „Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitischer Partnerschaften“ soll „die bisherigen partnerschaftlichen Beziehungen zu einer überregionalen Kooperation zunächst im südlichen Ostpreußen zusammenführen“, berichtet der DOD. Anschließend will man „in die dann gefestigte Struktur (...) auch Partnerschaftsverhältnisse in den weiteren historischen ostdeutschen Siedlungsgebieten in der Republik Polen (...) integrieren“. Sollte dies gelingen, entstünde ein Zusammenschluss, der schließlich die fiktiven Vertretungen sämtlicher 1945 aufgelöster deutscher Landkreise und Kreisstädte umfasste – und ihre kommunalpolitischen Aktivitäten in den bis 1945 deutschen Gebieten koordinierte.

Die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft“ wurde im vergangenen Oktober am Rande des fünften „Kommunalpolitischen Kongresses“ der Landsmannschaft Ostpreußen verkündet. Anwesend waren der heutige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der heutige Chef des Bundeskanzleramtes und Minister für besondere Aufgaben Thomas de Maizière. An der Politik, die die „Arbeitsgemeinschaft“ vorantreiben will, führt – so der DOD – „kein Weg vorbei“.

jk, nach DOD 11/2005 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Der Nazi-Überfall auf die Sowjetunion: Eine geschichtliche Leistung!

Nation & Europa Januar 2006

Immer mal wieder und in letzter Zeit verstärkt, bemühen sich Neofaschisten wie Linke zu wirken, geben sich als Antikapitalisten oder prangern den US-Imperialismus an. Das geht bis zu den Aufmärschen einiger Gruppen aus dem Bereich der Kameradschaften, die auf den ersten Blick wie linke Demonstrationen wirken weil die Nazis sich einen bestimmten, antifaschistisch/autonomen Dresscode angeeignet haben. An Inhalt steckt dahinter nichts. Kein Saulus wurde zum Paulus, kein Neonazi mutierte zum Gegner des kapitalistischen Systems. Es wird lediglich versucht, an bestimmte, diffus vorhandene Grundstimmungen größerer Teile der Menschen anzuknüpfen, um die eigene menschenfeindliche Ideologie und Politik besser verbreiten zu können.

DETLEV ROSE, der jüngste Redakteur von „Nation & Europa“ zeigt in der Januarausgabe wie das und worum es geht. Unter der Überschrift „Mit alten Rezepten ins neue Jahr: Merkels Giftcocktail“ geht er mit der unsozialen Wirtschafts- und Steuerpolitik der Großen Koalition ins Gericht: „Die Abschaffung der Eigenheimzulage soll nach mehreren Jahren ‚Übergangszeit‘ sechs Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich in die Staatskasse spülen. Außerdem wird die Pendlerpauschale gekürzt, der Sparerfreibetrag nahezu halbiert und Freibeträge für Abfindungen fallen weg. Kosten für Steuerberater und ein häusliches Arbeitszimmer sollen künftig nicht mehr abgesetzt werden können. Mit diesem Maßnahmen-Mix plündert das Kabinett hauptsächlich den Normalbürger aus. ... Um dies zu kaschieren, versucht es die neue Führung mit Show-Effekten. So wurden die ‚Reichensteuer‘ und der Beschluss, die Abschreibungsmöglichkeiten für Verluste bei Windkraftfonds, Schiffsbeteiligungen und ähnlichen ‚Steuerspar-Modellen‘ abzuschaffen, gekonnt in Szene gesetzt. Der Öffentlichkeit sollte auf diese Weise suggeriert werden, daß die Zumutungen ‚sozial ausgewogen‘ seien – da lachen nicht mal mehr die Hühner. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat nachgerechnet und kam zu dem Ergebnis, daß Geringverdiener durch das Maßnahmenpaket am meisten belastet werden“.

Dem ist nicht zu widersprechen. Eine solche Kritik könnte aus Gewerkschaftskreisen kommen oder aus den Reihen der Linkspartei. Aber Rose blinkt nur deshalb links, um anschließend rechts abzubiegen: „Überhaupt wird fiskalisch ein völlig falsches Bild vermittelt. Nach dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zahlen die über dem Durchschnitt Verdienenden 91,7 Prozent der Lohn- und Einkommenssteuer, die weniger als den Durchschnitt 8,3 Prozent. Keine Gruppe deutscher Bürger entrichtet zu wenig Steuern und Abgaben. Das wußten vor der Wahl (mit Ausnahme der Kommunisten) noch alle Parteien. Erst nach der Wahl fing man damit an, die einen gegen die anderen auszuspielen. Divide et impera. Teile und herrsche! Stehen erst die unterschiedlichen Interessengruppen gegeneinander auf den Barrikaden, redet niemand mehr über die Gesamtverantwortung der Politik. Richtig bleibt: Steuererhöhungen, egal, wen sie treffen, ziehen Kaufkraft ab, mindern die Leistungsbereitschaft, beflügeln die Schattenwirtschaft (‚Schwarzarbeit‘), treiben Menschen und Gelder ins Ausland, sind also Gift für die Konjunktur“.

Es würde zu kurz greifen, zu behaupten, Rose sei in Fragen sozialer Gerechtigkeit als Tiger gesprungen, um als Bettvorleger zu landen. Schaut man genauer hin, verbirgt sich hinter der sozialen Demagogie ordinärer Marktradikalismus.

Am 27. November starb Franz Schönhuber. Wir haben uns an dieser Stelle oft mit ihm auseinander gesetzt und auch sein Tod wird keinen antifaschistisch denkenden Menschen mit Schönhuber versöhnen. Den Nachruf von WERNER BAUMANN, Redakteur von N&E aber hat er nicht verdient: „Heute weiß man, daß dem Vorsitzenden eine gegen ihn gerichtete Verschwörung eingeredet worden war.... Gleichwohl schätzte er die schönen Seiten des Lebens, die Frauen, einen guten Rotwein.... Beim Umtrunk mit Freunden stimmte er gern ein Lied an, animierte zum Mitsingen, war selten der Erste, der zu Bett ging.... Weniger lag ihm das Programmatische, die ‚akademische‘ Debatte, obwohl er sich auch ihr nicht entzog... Dabei half ihm sein Drang ins Rampenlicht, seine Eitelkeit, zu der er stand.... Manchmal kam eine gewisse Egozentrik hinzu.“ Wer Freunde hat, die solche Nachrufe schreiben, braucht keine Feinde mehr.

KARL RICHTER berichtet unter der Überschrift „Achsenbau“ über eine (auch wenn er sie nicht so nennt) NPD-Delegation, die Russland besuchte, „um das Terrain zu sondieren“ und u.a. Gespräche mit Abgeordneten von Schirinowskis „Liberaldemokratischer Partei Russlands“ führte. Dabei zitiert Richter aus einer Rede des sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel, der offen aussprach, um was es den deutschen wie russischen Faschisten ging:

„Immer dann, wenn Russen und Deutsche verbündet waren, ging von diesen beiden Völkern ein ganz starker Impuls für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit in Europa aus... Heute ist es das Gebot der Stunde, sich gegen den amerikanischen Wirtschafts- und Kulturimperialismus, genauer: gegen das Weltherrschaftsstreben amerikanischer Ostküsten-Kapitalisten zu wehren. Wir müssen die politischen und wirtschaftlichen, die geistigen und kulturellen Kräfte Europas bündeln und gegen die Welttyrannen hinter dem großen Meer richten. Der Wall Street und ihren politischen Kräften werden wir aber nur dann Paroli bieten können, wenn wir tragfähige, außenpolitische Bündnisse schmieden. Für Europa gesprochen, heißt das eine starke, geschlossene Achse Paris-Berlin-Moskau“.

Neben dem, auch in Russland virulenten, Antisemitismus, an den deutsche Neonazis anknüpfen können, sind diese Worte Ausdruck imperialistischer Konkurrenz. Aber selbst Richter und seine Freunde sind erstaunt, in Moskau mit offenen Armen empfangen worden zu sein: „Kein Ressentiment, kein Aufrechnen früherer Feindschaft trübt die Stimmung, vielmehr zeigen sich die russischen Sprecher beeindruckt von den Deutschen und ihrer geschichtlichen Leistung, gerade auch im Krieg, der die Wehrmacht bis an die Vororte Moskaus führte“. Manchmal sind Worte verräterisch: 20 Millionen toter Sowjetbürger - welch eine geschichtliche Leistung! *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507